

Wenn die alte Ordnung nicht mehr trägt

Die Krise des deutschen Wirtschaftsmodells und der Aufstieg der AfD

Einleitung: Von der ökonomischen Krise zur Krise politischer Repräsentation

Der Aufstieg der AfD ist nicht monokausal zu erklären. Die ökonomische Krise führt nicht automatisch zu rechtem Bewusstsein; ebenso wenig reichen Fremdenfeindlichkeit, Autoritarismus, kultureller Backlash, Protestwahl oder einzelne Themenpräferenzen als isolierte Erklärungen aus. Der Essay untersucht deshalb nicht eine einzige vermeintlich unmittelbare Ursache der AfD-Wahl, sondern die gesellschaftlichen Vermittlungen, durch die ökonomische, soziale, kulturelle und politische Konflikte in einer historischen Krisenkonstellation miteinander verbunden werden können.

Gramscis Theorie und Kategorien bilden den Leitfaden dieser empirisch gestützten Analyse. Hegemonie bezeichnet politische und kulturelle Führung, durch die besondere Interessen als allgemeines Interesse erscheinen und Zustimmung gewinnen; ein historischer Block ist die relativ feste Verbindung von materiellen Kräften, Institutionen, Klassenbündnissen und Deutungen; der Alltagsverstand bezeichnet das widersprüchliche, historisch sedimentierte Alltagswissen, in dem unterschiedliche Erfahrungen und politische Deutungen nebeneinander bestehen können. Die organische Krise wird entsprechend nicht als bloße Wirtschaftskrise verstanden, sondern als Konstellation, in der die materielle Reproduktionsweise, institutionelle Vermittlungen und hegemoniale Deutungen gleichzeitig an Bindungskraft verlieren, ohne dass bereits ein neuer stabiler gesellschaftlicher Kompromiss entstanden ist (Gramsci 1994–2002, H. 3, § 34, 354–355; H. 11, § 12, 1375–1390; H. 13, § 17, 1561–1563).

Ausgangspunkt ist die seit 2019 anhaltende Stagnation der deutschen Ökonomie. Kapitel 1 unterscheidet konjunkturelle Schocks von strukturellen Akkumulationsproblemen und stellt zugespitzt drei konkurrierende Krisendeutungen gegenüber: eine keynesianische, eine angebotsorientierte und eine marxistische Erklärung. Diese Differenzen sind nicht nur wissenschaftlicher Art. Mit ihnen verbinden sich unterschiedliche Interessen, Verteilungswirkungen und politische Strategien; Krisendiagnosen können daher selbst zu Elementen konkurrierender hegemonialer Projekte werden.

Die historische Darstellung unterscheidet anschließend idealtypisch zwei aufeinanderfolgende hegemoniale Konfigurationen: einen fordistisch-sozialstaatlichen historischen Block der Nachkriegsjahrzehnte und einen neoliberal-exportorientierten Block, dessen politische Neuordnung sich seit den 1990er Jahren verdichtete und ab 1998 besonders sichtbar wurde. Diese

Periodisierung bezeichnet keinen abrupten Systemwechsel. Sie dient dazu, Veränderungen der Akkumulationsweise, des asymmetrischen Klassenkompromisses, der institutionellen Vermittlung und der hegemonialen Ansprache analytisch voneinander zu unterscheiden. Die gegenwärtige Krise wird damit als Krise des zweiten Blocks untersucht, die auf eine vorausgegangene Krise und Reorganisation des ersten folgt (Jessop 2014: 252–253; Schweiger 2022: 251–264).

Die Leitthese lautet: Die AfD-Erfolge lassen sich als eine politische Verarbeitung des Zusammenwirkens einer strukturellen Krise des deutschen Akkumulationsmodells, der Erosion der Hegemonie des neoliberal-exportorientierten historischen Blocks, einer Krise politischer Repräsentation und Vermittlung sowie als Folge von subjektiven Erfahrungen von Kontroll-, Status-, Anerkennungs- und Identitätsverlust verstehen. Entscheidend ist dabei die politische Reartikulation: Die AfD verbindet heterogene und teilweise widersprüchliche Erfahrungen zu einer nationalistisch-exkludierenden Krisenerzählung und verschiebt Konflikte um Arbeit, soziale Sicherheit, staatliche Leistungsfähigkeit und gesellschaftliche Transformation auf Migration, kulturelle Liberalisierung, Bürokratie, ökologische Regulierung und Elitenkritik. Dass ihre Wählerbasis klassenübergreifend zusammengesetzt ist, widerlegt eine Klassenanalyse nicht, verlangt aber eine Analyse der Vermittlung zwischen Klassenlage, unterschiedlichen sozialen Erfahrungsräumen, Alltagsverstand und politischer Artikulation (Hövermann 2025: 17–21; Teney 2026: 3–6; Neu 2026: 24–26).

Marx, Gramsci und Holzkamp werden hierfür auf unterschiedlichen Erklärungsebenen miteinander verbunden. Marx' Kritik der politischen Ökonomie hilft zu erklären, weshalb gesellschaftliche Ursachen im kapitalistischen Alltag nicht unmittelbar als Klassen- und Eigentumsverhältnisse erscheinen; daraus allein folgt jedoch kein rechtes Bewusstsein (Marx 1964: 822–839). Gramsci richtet den Blick auf die hegemoniale Verbindung und Rangordnung heterogener Interessen und Deutungen (Gramsci 1994–2002, H. 11, § 12, 1375–1390; H. 13, § 17, 1561–1563). Holzkamps Begriff der Handlungsfähigkeit ergänzt die subjektive Ebene: Politische Orientierungen können unter konkreten Lebensbedingungen als Möglichkeiten erscheinen, Kontrolle und Verfügung zurückzugewinnen, ohne deshalb die strukturellen Ursachen der erfahrenen Probleme zu verändern (Holzkamp 1983: 350–396). Eine besondere Bedeutung erhält damit die Frage, wie betriebliche, lebensweltliche und politische Erfahrungsräume miteinander vermittelt oder voneinander getrennt werden.

Die Diagnose einer organischen Krise wird hier als historische Vermittlungserklärung verwendet: Gefragt wird danach, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen materielle Interessen, ökonomische Krisenerfahrungen, Statuskonflikte, kulturelle Einstellungen und politische Deutungen für konkurrierende hegemoniale Projekte artikulierbar werden. Der spezifische Erklärungsanspruch liegt darin, ökonomische Strukturveränderungen, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, institutionelle Vermittlung und politische Artikulation historisch aufeinander zu beziehen; dieselben Krisenerfahrungen können daher zur AfD-Wahl, Wahlenthaltung, gewerkschaftlichen Organisation, linken Orientierungen oder anderen politischen Reaktionen führen.

Die Ausgangsfrage lautet somit: In welchem Umfang lassen sich die ökonomische Stagnation seit 2019, die Erosion des neoliberal-exportorientierten historischen Blocks, die Krise gesellschaftlicher und politischer Vermittlung sowie der Aufstieg der AfD als miteinander vermittelte Momente einer organischen Krise erklären? Daraus ergibt sich zugleich die offene Frage des Interregnums: Welchem politischen Projekt gelingt es, materielle Krisenbearbeitung, gesellschaftliche Interessen, politische Deutung und organisierte Erfahrung zu einem neuen, hinreichend stabilen hegemonialen Zusammenhang zu verbinden?

Methodisch verfolgt der Beitrag keine individualkausale Erklärung einzelner AfD-Wahlentscheidungen, sondern eine historisch-strukturelle Erklärung der Bedingungen, unter denen unterschiedliche soziale Erfahrungen, Interessen und politische Deutungen zu einem rechten gegenhegemonialen Projekt artikuliert werden können. Dazu werden Befunde aus Makroökonomie, Wahl- und Einstellungsforschung sowie Analysen von Parteien und deren Programmen und von weiteren gesellschaftlichen Vermittlungsorganisationen theoriegeleitet zusammengeführt; konkurrierende Erklärungsansätze werden dabei nicht als bloße Gegenpositionen, sondern als Ergänzung und Prüfung der Reichweite der gramscianischen Krisenanalyse behandelt. Aggregierte Wahlergebnisse, regionale Strukturdaten und Berufsgruppenbefunde werden deshalb nicht unmittelbar als Aussagen über individuelle Motive interpretiert; wo solche Motive thematisiert werden, stützt sich die Argumentation auf entsprechende Individualdaten oder kennzeichnet den Zusammenhang ausdrücklich als theoretische Interpretation.

1. Ökonomische Stagnation 2019–2026: konjunkturelle Krise und strukturelle Akkumulationsschwäche

Die wirtschaftliche Entwicklung seit 2019 verbindet externe Schocks mit ungewöhnlich langer Stagnation. Nach dem Pandemieeinbruch 2020 und der anschließenden Erholung schrumpfte das reale BIP 2023 und 2024 erneut; 2025 wuchs es nur um 0,2 Prozent. Auf 2019 = 100 umbasiert lag es 2025 bei rund 100,3 und damit nach sechs Jahren praktisch auf dem Ausgangsniveau; auch 2026 ist keine kräftige Trendwende erkennbar (Destatis 2026a; 2026f; Deutsche Bundesbank 2026a).

Seit 2020 dämpften Pandemie und Lieferengpässe, Energie- und Rohstoffpreisschock, Inflation, Reallohnverluste, hohe Zinsen und schwache Weltkonjunktur die wirtschaftliche Entwicklung. Sie erklären zwar kurzfristige Schwankungen, aber nicht hinreichend, warum zentrale inflationsbereinigte Wirtschaftsindikatoren 2025 ihr Niveau von 2019 kaum wieder erreichten.

Besonders deutlich wird die Dauer der Schwäche bei der Kapitalbildung. Die realen Bruttoanlageinvestitionen lagen 2025 deutlich unter denen von 2019; Ausrüstungs- und Bauinvestitionen waren noch stärker zurückgefallen. Gegenüber 2024 sanken 2025 die realen Bruttoanlageinvestitionen nochmals um 0,5 Prozent, die Ausrüstungsinvestitionen um 2,3 und die

Bauinvestitionen um 0,9 Prozent. Ergänzend zeigt die Nettoinvestitionsquote eine Verschiebung zwischen Staat und nichtstaatlichen Sektoren: Die nichtstaatliche Sachvermögensbildung fiel von 3,49 Prozent des BIP 2022 auf 1,40 Prozent 2025, während die staatliche Quote niedrig blieb und erst 2024/25 auf 0,25 beziehungsweise 0,41 Prozent anzog (Destatis 2026a; 2026f; Deutsche Bundesbank 2026b).

Auch das Export- und Industriemodell verlor an Dynamik. Die preisbereinigten Exporte sanken 2025 zum dritten Mal in Folge und lagen etwa auf dem Niveau von 2019. Die reale Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes ging 2023 bis 2025 um 1,6, 4,3 und 1,3 Prozent zurück, im Baugewerbe um 4,4, 3,8 und 3,6 Prozent; die Stagnation konzentriert sich damit besonders auf industrielle und investitionsintensive Sektoren (Destatis 2026a; 2026g).

Die Produktivitätsentwicklung verschärft das Krisenbild. Das reale BIP je Erwerbstätigen sank 2023 um 1,5 und 2024 um 0,6 Prozent, stieg 2025 aber nur um 0,2 Prozent und lag damit noch etwa auf dem Niveau von 2019. Die Bundesbank diagnostiziert seit Mitte der 2010er Jahre nachlassendes Produktivitätswachstum, besonders im Verarbeitenden Gewerbe, und verweist unter anderem auf schwache Investitionen, Fachkräftengpässe und gestiegene Produktionskosten (Deutsche Bundesbank 2025; 2026c).

Reale Größe	2019	2025 (2019=100)	Veränderung
Reales BIP	100	100,3	+0,3 %
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen	100	ca. 99	ca. –1 %
Reale Exporte	100	ca. 99	ca. –1 %
Bruttoanlageinvestitionen	100	ca. 92	ca. –8 %
Ausrüstungsinvestitionen	100	ca. 89	ca. –11 %
Bauinvestitionen	100	ca. 87	ca. –13 %

Während die reale Gesamtproduktion erst 2025 wieder ungefähr das Niveau von 2019 erreichte, blieb die Kapitalbildung deutlich dahinter zurück.

Auch der Arbeitsmarkt reagiert inzwischen sichtbar. Die jahresdurchschnittliche Zahl registrierter Arbeitsloser stieg von 2,267 Millionen 2019 auf 2,948 Millionen 2025 und damit um rund 30 Prozent; im August 2026 waren 3,061 Millionen Menschen arbeitslos, die Quote lag bei 6,5 Prozent (Bundesagentur für Arbeit 2019; 2026a; 2026c).

Die Reallöhne fielen zunächst deutlich: Der Reallohnindex (2025 = 100) sank von 100,5 im Jahr 2019 auf 95,1 im Jahr 2022 und erholte sich bis 2025 auf 100,0. Auf 2019 = 100 umbasiert lag die durchschnittliche reale Kaufkraft damit 2025 mit rund 99,5 noch knapp unter dem Ausgangsniveau (Destatis 2026d).

Darin zeigt sich die strukturelle Dimension. Das exportorientierte Akkumulationsmodell beruhte auf starker Industrie, europäischem Absatzraum, günstigen Energiepreisen, dynamischer China-Nachfrage und hochwertigen Investitionsgütern. Heute verändern sich mehrere Voraussetzungen zugleich: Geoökonomische Konflikte und Protektionismus erschweren den Welthandel, chinesische

Unternehmen werden zu starken und teilweise überlegenen Konkurrenten, Dekarbonisierung und Digitalisierung entwerfen Teile vorhandener Anlagen und Qualifikationen, die Alterung begrenzt das Arbeitsangebot; völlig unzureichende öffentliche Investitionen und schwache private Investitionen mindern zusätzlich die Anpassungsfähigkeit (Krüger 2024; Deutsche Bundesbank 2026a; Destatis 2026c).

Die Unterscheidung zwischen konjunktureller und struktureller Krise ist daher zentral. Die Schocks seit 2020 erklären die kurzfristigen Schwankungen; dass Produktion, Investitionen, Exporte und Produktivität anschließend nicht auf einen stabilen Wachstumspfad zurückkehren, verweist auf tiefer liegende Akkumulationsprobleme. Das bedeutet keinen wirtschaftlichen linearen Niedergang: Deutschland verfügt weiterhin über große produktive, technologische und fiskalische Ressourcen; entscheidend ist aber, ob ihre Überführung in ein neues Entwicklungsmodell angestrebt und wie sie erreicht wird.

Die aktuelle DIW-Herbstprognose zeigt nur einen leichten konjunkturellen Aufschwung: Für 2026 erwartet das Institut 1,2 Prozent reales BIP-Wachstum. Fratzscher beziffert den Beitrag von öffentlichem Konsum und öffentlichen Investitionen auf rund 0,6 Prozentpunkte und damit etwa auf die Hälfte des Wachstums; zugleich bleiben die private Binnennachfrage und besonders die privaten Investitionen schwach. Keynesianisch lässt sich die Belebung daher wesentlich als Ergebnis expansiver Staatsintervention interpretieren. Der Zuwachs widerlegt die strukturelle Akkumulationsschwäche nicht: Bislang handelt es sich eher um eine stark staatlich gestützte Erholung als um einen selbsttragenden privatwirtschaftlich bedingten Aufschwung (DIW Berlin 2026; Fratzscher 2026a).

Der mittelfristige Ausblick spricht für eine anhaltende strukturelle Wachstumsschwäche. Der Sachverständigenrat erwartet, dass das Potenzialwachstum 2025 und 2026 nur um 0,3 beziehungsweise 0,4 Prozent wächst und das Potenzialwachstum bis 2030 auf 0,1 Prozent pro Jahr zurückgeht. Gemeint ist die Wirtschaftsleistung, die bei einem normalen Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten dauerhaft hervorgebracht werden kann; diese Projektion ist daher keine Prognose des jährlichen realen BIP-Wachstums. Als wesentliche Bremsfaktoren nennt der Sachverständigenrat das sinkende Arbeitsvolumen infolge des Renteneintritts der Babyboomer und geringerer Zuwanderung und mangelndes Produktivitätswachstum. Dem steht das in der Koalitionsvereinbarung vereinbarte Ziel von CDU, CSU und SPD gegenüber, das Potenzialwachstum wieder auf „deutlich über ein Prozent“ zu erhöhen – eine erhebliche Lücke zwischen dem hohen politischen Anspruch und der ernüchternden Projektion (Sachverständigenrat 2025: Ziff. 76–77; CDU/CSU/SPD 2025).

Die lang anhaltende Stagnation hat negative Auswirkungen auf die Finanzierungsbasis von Staat und Sozialversicherungen. Schwaches Wachstum begrenzt Steuer- und Beitragseinnahmen, während Ausgaben für soziale Sicherung, Infrastruktur, Transformation, Verteidigung und Zinsen teilweise stark ansteigen. Damit entsteht keine „Finanzkrise“ im Sinne einer drohenden Zahlungsunfähigkeit des Staates, wohl aber ein wachsender fiskalischer Verteilungskonflikt: Mehr Ansprüche konkurrieren um einen nur langsam wachsenden Finanzierungsspielraum. Für den

Bundeshaushalt 2026 sind Einnahmen von 426,4 Milliarden Euro bei Ausgaben von 524,5 Milliarden und damit ein Defizit von 98,1 Milliarden Euro veranschlagt; rund 155,4 Milliarden entfallen auf laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Sozialversicherungen. Im ersten Halbjahr 2026 lagen die Einnahmen des Bundes 2,0 Prozent und die Steuereinnahmen 3,3 Prozent unter dem Vorjahr, während die Ausgaben um 3,6 Prozent zunahmen; trotz unterjähriger Schwankungen verdeutlicht dies den Finanzierungsdruck (Bundesministerium der Finanzen 2026a; 2026c).

Bereits seit Beginn der Pandemie operiert der Bund mit hohen Finanzierungsdefiziten: Nach minus 130,7 Milliarden Euro 2020 und 215,6 Milliarden 2021 sank das Defizit bis 2024 auf 25,0 Milliarden, stieg 2025 aber wieder auf 65,4 Milliarden Euro. Die Pandemie erklärt die frühen Spitzen; der erneute Anstieg verweist auf dauerhaftere Investitions- und Finanzierungsbedarfe (Bundesministerium der Finanzen 2026b).

Auch die Finanzierungsarchitektur ist Teil der Krisenbearbeitung. Verfassungs- und Haushaltsreformen seit 2025 ermöglichen zusätzliche Kredite für Verteidigung sowie das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität; Ende Juli 2026 belief sich der Kreditbestand des Bundes einschließlich Sondervermögen und Darlehensfinanzierung auf rund 1,885 Billionen Euro. Die Schuldenbremse wird damit nicht aufgehoben, sondern durch Bereichsausnahmen und Sondervermögen ergänzt: Fiskalische Restriktion im sogenannten konsumptiven Bereich und kreditfinanzierte Investitions- und Rüstungsausgaben bestehen nebeneinander (Bundesministerium der Finanzen 2026a; 2026b).

Der Haushaltsentwurf 2027 setzt diese Doppelbewegung fort: Bei Ausgaben von 555,4 Milliarden Euro sind im Kernhaushalt 118,7 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme sowie 54,9 Milliarden aus dem Infrastruktur- und 30,0 Milliarden aus dem Bundeswehr-Sondervermögen vorgesehen. Zugleich soll eine Finanzierungslücke von 34 Milliarden Euro unter anderem durch Ressort einsparungen, gekürzte disponible Finanzhilfen und sogenannte Strukturreformen der Sozialversicherungen geschlossen werden (Bundesministerium der Finanzen 2026d).

Noch gravierender ist der Druck auf die Kommunen: Ihre Kern- und Extrahaushalte schlossen 2025 mit einem Rekorddefizit von 31,9 Milliarden Euro ab, während das KfW-Kommunalpanel 2026 den wahrgenommenen Investitionsrückstand auf 231,2 Milliarden Euro beziffert, besonders bei Schulen sowie Straßen- und Verkehrsinfrastruktur (Raffer et al. 2026: 19, Grafik 3.7). Da die kommunalen Nettoinvestitionen seit 2002 jedes Jahr negativ sind, handelt es sich zugleich um einen langfristigen Substanzverlust öffentlicher Daseinsvorsorge (Junkernheinrich 2025: 669–670).

Bei den Sozialversicherungen verschärfen Demografie- und Kostenentwicklung denselben Zusammenhang. Ihre Einnahmen hängen wesentlich von Beschäftigung und beitragspflichtigen Arbeitseinkommen ab; schwaches Wachstum, geringe Produktivitätszuwächse und sinkendes Arbeitsvolumen begrenzen daher die Beitragsbasis. Gleichzeitig steigen vor allem in Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung die Ausgaben, während der Bund bereits erhebliche Zuschüsse leistet. Politisch stehen höhere Beiträge oder Steuern, zusätzliche Bundesmittel, geringere Leistungen und Kreditfinanzierung ebenso zur Wahl wie eine breitere Einnahmehasis – etwa höhere Beitragsbemessungsgrenzen, die Einbeziehung weiterer Erwerbstätigengruppen und, je nach

Versicherungszweig, weiterer Einkommensarten sowie eine höhere Beschäftigungs- und Lohnsumme. Welche Kombination gewählt wird, ist keine rein technische, sondern eine eminent politische Verteilungsentscheidung darüber, in welchem Verhältnis Beschäftigte, Unternehmen, höhere Einkommen, bislang nicht oder nur teilweise Beitragspflichtige, Steuerzahler und Leistungsbeziehende die Finanzierung gesellschaftlicher Reproduktion tragen (Sachverständigenrat 2025: Ziff. 76–77; Bundesministerium der Finanzen 2026a).

Wie konfliktträchtig diese Frage ist, zeigen die jüngsten verfügbaren Befragungen zu den sogenannten Sozial- und Strukturreformen der Bundesregierung. Im ZDF-Politbarometer vom Juli 2026 hielten 81 Prozent die Belastungen des Reformpakets für eher ungerecht verteilt; nur 30 Prozent meinten, die Reformen gingen eher in die richtige Richtung, 63 Prozent verneinten dies. Auch bei der bereits parlamentarisch beschlossenen Gesundheitsreform überwog die Skepsis: 79 Prozent erwarteten keinen wichtigen Beitrag zur Lösung der finanziellen Probleme des Gesundheitswesens. Die Landtagswahlbefragung in Sachsen-Anhalt vom 6. September liefert einen noch aktuelleren, allerdings regionalen Hinweis auf die geringe Akzeptanz der Sozialreformen: Nur 30 Prozent der Befragten wollten, dass die geplanten Reformen bei Rente und Gesundheit auch gegen Widerstände durchgesetzt werden. Die Daten sind wegen unterschiedlicher Grundgesamtheiten nicht unmittelbar vergleichbar; sie zeigen jedoch, dass die Regierung ihre Reformpolitik bislang nur bei einer Minderheit als sozial ausgewogenen und problemlösenden Kompromiss darstellen konnte (Forschungsgruppe Wahlen 2026b; Infratest dimap/Tagesschau 2026b).

Zur Erklärung der ökonomischen Krise lassen sich vereinfacht im Wesentlichen drei Ansätze unterscheiden: Angebotsorientierte, keynesianische und marxistische Diagnosen verbinden unterschiedliche Ursachenanalysen mit unterschiedlichen Vorstellungen darüber, wer die Krisenkosten tragen und welche Interessen Vorrang erhalten sollen. Sie sind damit auch Elemente konkurrierender hegemonialer Projekte; welche Deutung politisch wirksam wird, hängt letztendlich von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab.

Keynesianisch wird die Krise vor allem als Folge unzureichender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und schwacher Investitionserwartungen erklärt. Reallohnverluste und Unsicherheit dämpfen den Konsum, hohe Zinsen, schwache Absatzerwartungen und geopolitische Risiken private Investitionen; restriktive Finanzpolitik kann dies verschärfen. Die wirtschaftspolitische Antwort besteht in öffentlichen Investitionen, höheren Masseneinkommen, einem stabilen Sozialstaat und aktiver sozial-ökologischer Transformationspolitik. Öffentliche Ausgaben sollen dabei nicht nur kurzfristig stabilisieren, sondern über Infrastruktur, Bildung und Dekarbonisierung auch das Produktionspotenzial erhöhen und private Investitionen anregen. Gegenüber Angebotsorientierten und marxistischen Ansätzen erklärt diese Perspektive Stagnation stärker aus Nachfrageausfällen, Verteilungswirkungen und unzureichender staatlicher Investitionstätigkeit (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2026: 2–7, 18–26).

Angebotsorientiert gilt dagegen die Schwäche der Produktions- und Investitionsbedingungen als zentral: Hohe Energie-, Lohn-, Steuer-, Finanzierungs- und Regulierungskosten, Fachkräfteengpässe

und langsame Genehmigungen können Renditeerwartungen und Standortattraktivität mindern. Entlastungen, bessere Investitionsanreize, Bürokratieabbau sowie höheres Arbeitsangebot und Produktivität sollen deshalb die Angebotsbedingungen verbessern; zusätzliche Nachfrage hilft nur begrenzt, wenn das Produktionspotenzial selbst schwach wächst. Damit werden dieselben Phänomene – Investitions-, Produktivitäts- und Industrieprobleme – anders gedeutet als keynesianisch oder marxistisch (Deutsche Bundesbank 2026a).

Marxistisch lässt sich die Stagnation als Problem der Kapitalverwertung untersuchen. Vereinfacht bezeichnet Krüger als strukturelle Überakkumulation eine Situation, in der sich mehr Kapital angesammelt hat, als auf Dauer ausreichend profitabel in zusätzliche Produktion im Inland investiert werden kann. In der Nachkriegsprosperität konnten sinkende Profitraten durch die starke Ausweitung von Produktion, Beschäftigung und Kapitalanlage kompensiert werden. Seit Mitte der 1970er Jahre sieht Krüger diese Dynamik grundsätzlich geschwächt: Investitionen, produktive Beschäftigung und Profitmasse wachsen nicht mehr dauerhaft in dem Maße, das eine neue lange Prosperitätsphase tragen könnte. Konjunkturelle Aufschwünge bleiben möglich, sind aber in eine längerfristig schwache Akkumulation eingebettet. Lohndruck und Deregulierung, finanzmarktgetriebenes Wachstum oder expansive Geldpolitik können die Verwertungsschwäche zeitweise mildern, aber nicht dauerhaft überwinden (Krüger 2007; 2010: 443–472; 2024: 39–43, insb. 41).

Auch die Finanzierungsprobleme von Staat und Sozialversicherungen werden unterschiedlich gedeutet. Keynesianisch stabilisieren Infrastruktur-, Transformations- und Sozialausgaben Nachfrage und Produktionspotenzial; marxistisch betrachtet kann öffentliche Finanzierung Reproduktions- und Verwertungsbedingungen sichern, ohne strukturelle Profitabilitätsprobleme zu beheben (Krüger 2024: 123–142). Gramscianisch betrachtet wird daraus eine Hegemoniefrage, sobald Modernisierung, soziale Sicherheit und Rüstung und ihre Finanzierung gegeneinander abgewogen werden müssen.

In Kapitel 7 werden die Grundsatzpositionen der Parteien dargestellt. In der Wirtschaftspolitik sind CDU/CSU, FDP und AfD eher dem angebotsorientierten Ansatz zuzurechnen, SPD, Grüne und BSW einer hybriden Mischung aus Angebotspolitik und keynesianischen Ansätzen und die Linke einem keynesianischen Ansatz auf marxistischer Grundlage.

Diese ökonomische Analyse begründet noch keine organische Krise im gramscianischen Sinn: Ökonomische Probleme erzeugen keine bestimmte politische Reaktion. Sie setzen jedoch mehrere materielle Grundlagen des bisherigen Klassenkompromisses zugleich unter Druck – Wachstum, industrielle Wettbewerbsfähigkeit, Realeinkommensteigerung, Kapitalakkumulation, sozialstaatliche Sicherheit und staatliche Handlungsfähigkeit. Zur organischen Krise wird dies erst, wenn Institutionen, Parteien und gesellschaftliche Organisationen des historischen Blocks diese Widersprüche nicht mehr in einen glaubwürdigen Kompromiss übersetzen können. Damit führt die Akkumulationskrise zur Frage nach der Krise der Hegemonie.

2. Die Erosion der Hegemonie des historischen Blocks

Die ökonomische Stagnation wird erst dann zur Hegemoniekrise, wenn die gesellschaftlichen Deutungen und Kompromisse, durch die ein historischer Block Zustimmung organisiert, an Überzeugungskraft verlieren. Gramscis Begriff des historischen Blocks bezeichnet die Verbindung materieller Kräfte, Institutionen, Klassenallianzen und ideologischer Formen. Hegemonie erfordert mehr als eine parlamentarische Mehrheit: Die Interessen führender Gruppen müssen als mit einem allgemeinen Interesse vereinbar erscheinen und sich in Institutionen, Alltagsvorstellungen und gesellschaftlichen Erwartungen niederschlagen.

Für die folgende Analyse werden zwei historisch aufeinanderfolgende hegemoniale Konfigurationen unterschieden. Die Periodisierung in die zwei Zeiträume 1949–1997 und seit 1998 ist eine analytische Idealtypisierung: Sie bezeichnet nicht zwei abgeschlossene Epochen und keinen abrupten Systemwechsel. Vielmehr werden jeweils jene Akkumulationsweisen, Formen des Klassenkompromisses, staatlich-institutionellen Arrangements und hegemonialen Leitvorstellungen zusammengefasst, die einer Phase ihr dominantes Gepräge geben. Der erste Block geriet bereits seit den 1970er Jahren unter Veränderungsdruck; Exportorientierung, Rationalisierung, Liberalisierung und Lohnzurückhaltung nahmen bereits vor 1998 zu. Sozialstaat, Tarifautonomie, Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft waren auch nach 1998 noch von Bedeutung. Die Zäsur von 1998 markiert daher keinen radikalen Bruch, sondern die politische Verdichtung und Neuordnung bereits länger wirkender Tendenzen zu einer veränderten hegemonialen Konstellation (Jessop 2014: 252–253; Schweiger 2022).

Der fordistisch-sozialstaatlich geprägte historische Block (1949–1997) lässt sich analytisch durch vier miteinander verbundene Momente bestimmen.

Erstens beruhte seine ökonomische Basis auf industrieller Massenproduktion, hohen Produktivitätszuwächsen, wachsendem Massenkonsum und einer starken Exportindustrie. Zweitens bestand sein sozialer Kompromiss darin, die kapitalistische Verfügungs- und Investitionsmacht nicht grundsätzlich anzutasten, Produktivitätsgewinne aber teilweise über Reallohnsteigerungen, Tarifpolitik, höhere Sozialversicherungsleistungen und verbesserte öffentliche Infrastruktur an die Lohnabhängigen weiterzugeben. Drittens wurde dieser Kompromiss institutionell durch Tarifautonomie, Mitbestimmung, Sozialstaat, korporatistische Verbände und die Integrationskraft der Volksparteien vermittelt. Viertens lautete die hegemoniale Ansprache, soziale Marktwirtschaft, individuelle Leistung, sozialer Aufstieg und kollektive Sicherheit seien miteinander vereinbar. Politische Hauptträger waren vor allem CDU/CSU und SPD; gesellschaftlich wurde der Block von Industrie- und Finanzkapital, industriellem Mittelstand, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Kirchen und relativ stabilen Arbeitnehmermilieus getragen. Seine Hegemonie beruhte somit nicht auf Interessenidentität zwischen Kapital und Arbeit, sondern auf einem asymmetrischen Klassenkompromiss: Die kapitalistische Eigentumsordnung blieb unangetastet, während gut organisierte Lohnabhängige materielle und institutionelle Zugeständnisse durchsetzen konnten. Seit den 1970er Jahren erodierten wichtige

Voraussetzungen dieses Arrangements, ohne dass seine Institutionen und Leitvorstellungen sofort verschwanden (Gramsci 1994–2002; Jessop 2014: 252; Schweiger 2022).

Der neoliberal-exportorientierte historische Block, dessen politische Verdichtung hier ab 1998 angesetzt wird, unterscheidet sich deshalb nicht durch einen vollständigen institutionellen Bruch, sondern durch eine veränderte Hierarchie derselben und neuer Elemente.

Erstens verlagerte sich die ökonomische Wachstumslogik stärker auf Exportüberschüsse, internationalisierte Wertschöpfungsketten, den europäischen Binnenmarkt und den Euro sowie auf Kostenreduzierung und Wettbewerbsfähigkeit. Zweitens verschob sich der Klassenkompromiss: Beschäftigungssicherung und internationale Wettbewerbsfähigkeit erhielten größeres Gewicht gegenüber einer breiten Weitergabe von Produktivitätsgewinnen; Lohnmoderation, Arbeitsmarktflexibilisierung und Aktivierung erhöhten den Anpassungsdruck auf Lohnabhängige, während exportorientierte Unternehmen von günstigen Kosten-, Finanzierungs- und Absatzbedingungen profitierten. Drittens wurden bestehende Institutionen nicht beseitigt, sondern funktional neu ausgerichtet: Sozialstaat, Tarifordnung, Mitbestimmung und staatliche Wirtschaftspolitik blieben bestehen, wurden aber stärker an Aktivierung, Standortkonkurrenz, Haushaltsdisziplin und die Sicherung privater Investitionsbedingungen gekoppelt. Viertens veränderte sich die hegemoniale Ansprache: Wohlstand und Beschäftigung sollten nun primär durch Wettbewerbsfähigkeit, Exporterfolge, Flexibilität und Eigenverantwortung gesichert werden; soziale Sicherheit erschien stärker als Voraussetzung und Flankierung erfolgreicher Marktteilnahme. Die rot-grüne Regierung verdichtete diese Neuordnung mit Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreformen, insbesondere durch die Agenda 2010; spätere Regierungen von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP reproduzierten wesentliche Elemente. Gesellschaftliche Hauptträger waren vor allem exportorientierte und internationalisierte Kapitalfraktionen, wirtschaftsnahe Verbände und Teile qualifizierter Kernbelegschaften; Gewerkschaften und sozialstaatliche Organisationen blieben wichtige Vermittlungsakteure, standen aber stärker unter dem Imperativ der Wettbewerbsfähigkeit. Der Block bildete eine neue hegemoniale Kombination aus Exportorientierung, neoliberaler Anpassung und fortbestehenden korporatistischen Institutionen (Jessop 2014: 252–253; Schweiger 2022).

Krügers Analyse bestimmt den materiellen Möglichkeitsraum politischer Kompromisse, erklärt aber nicht aus sich heraus, welche politische Form die Krise annimmt. Hier setzt Gramsci ein: Ob aus stagnierender Akkumulation eine progressive, autoritäre oder nationalistische Krisenbearbeitung hervorgeht, entscheidet sich in Kämpfen um Hegemonie, Alltagsverstand und politische Organisation.

Seit den 1990er Jahren erodierten viele Voraussetzungen der bisherigen Integrationsleistung. Die großen konfessionellen und gewerkschaftlichen Milieus verloren an Bindungskraft, Erwerbsbiografien differenzieren sich, Lebensstile pluralisieren sich, und die Parteien selbst professionalisieren sich zunehmend und entfernen sich von ihrer Basis.

Gleichzeitig übernahmen SPD und Union zentrale Elemente einer marktliberalen Modernisierung. Für die SPD war die Agenda-Politik besonders folgenreich: Sie modernisierte den Sozialstaat im

Sinne stärkerer Aktivierung und Marktanpassung zulasten der Lohnabhängigen und zugunsten der besseren Kapitalverwertung, schwächte damit aber zugleich große Teile jener sozialen Erwartungsstruktur von Lohnabhängigen, aus der die Partei lange Zeit ihre historische Legitimation bezogen hatte.

Diese Erosion betraf besonders auch die großen intermediären Organisationen, die zwischen individueller Lebenswelt, sozialen Klassen und dem politischen System vermittelten. Gewerkschaften, Kirchen, konfessionelle Verbände, Betriebsräte, Vereine und lokale Parteiorganisationen bündelten Interessen, erzeugten politische Deutungen und banden soziale Milieus dauerhaft an Parteien. Für Parteien und traditionelle Stammwählermilieus ist der langfristige Bindungsverlust empirisch deutlich: Die SPD zählte Ende 2024 nur noch rund 357.000 Mitglieder und damit gut 61 Prozent weniger als 1990; auch die CDU hat gegenüber ihrem Höchststand von 1990 mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Die traditionellen Stammwählermilieus – gewerkschaftsnahe Arbeitnehmer bei der SPD und kirchengebundene, besonders katholische Wähler bei der Union – sind zugleich zahlenmäßig kleiner und politisch weniger geschlossen geworden (Decker 2022; 2026c; Jun 2025: 11–12; Weißels 2024: 349). Daraus folgt jedoch nicht, dass sämtliche intermediären Institutionen in gleichem Maße an Bedeutung verloren. Gerade betriebliche Interessenvertretung kann lokal und sektoral weiterhin wirksam sein, ohne noch dieselbe gesamtgesellschaftliche politische Bindungswirkung zu entfalten.

Gramscis erweiterter Staatsbegriff erfasst diesen Zusammenhang als Einheit von politischer und ziviler Gesellschaft. Herrschaft stützt sich auf Recht, Verwaltung und notfalls Zwang, wird aber dauerhaft erst durch die Beschaffung von Zustimmung in Schulen, Medien, Kirchen, Verbänden, Gewerkschaften und Parteien. Wenn diese Organisationen an Reichweite verlieren und ihre Ansprache von den Alltagserfahrungen ihrer Mitglieder abgekoppelt erscheint, wird der Konsens dünner. Der Staat reagiert dann häufig mit mehr administrativer Steuerung, moralischen Appellen und kurzfristigen Krisenprogrammen. Solche Maßnahmen können Funktionsfähigkeit sichern, ersetzen aber keine tragfähige gesellschaftliche Erzählung darüber, wie Lasten verteilt werden und welchem gemeinsamen Ziel Modernisierung dienen soll.

Die Krise der Hegemonie lässt sich genauer als Krise der Vermittlung bestimmen. Im fordistisch-sozialstaatlich geprägten Kompromiss wurden gesellschaftliche Gegensätze nicht aufgehoben, aber durch Tarifautonomie, Mitbestimmung, Sozialversicherung, öffentliche Infrastruktur und parteipolitische Repräsentation in relativ stabile Erwartungshorizonte übersetzt. Lohnabhängige konnten ihre individuelle Lebensplanung mit der Erwartung verbinden, dass Produktivitätsfortschritte zumindest teilweise in steigenden Reallöhnen, sozialer Sicherheit und öffentlicher Daseinsvorsorge ankommen. Unternehmen erhielten im Gegenzug planbare Arbeitsbeziehungen, qualifizierte Arbeitskräfte und eine politisch stabilisierte Nachfrage. In gramscianischer Perspektive bildeten solche Institutionen den materiellen Kern von Zustimmung: Hegemonie beruhte nicht allein auf Ideen, sondern auch auf materiellen Kompromissen, in denen führende Klassenfraktionen Zugeständnisse an subalterne Gruppen machten. Wenn Tarifbindung, kommunale Infrastruktur und sozialstaatliche Sicherheit an Reichweite und Glaubwürdigkeit verlieren, wird deshalb nicht nur der bisherige Verteilungsmodus schwächer; es erodieren zugleich

gesellschaftliche Orte, an denen Interessen organisiert, Konflikte übersetzt und politische Zugehörigkeit hergestellt werden. Entscheidend ist dabei jedoch nicht allein die Reichweite einzelner Institutionen, sondern ihre Fähigkeit, Erfahrungen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen zu einem übergreifenden politischen Zusammenhang zu vermitteln (Gramsci 1994–2002; Weißels 2024: 349).

Dabei ist die Krise der Vermittlung nicht als gleichmäßiger Niedergang sämtlicher intermediärer Institutionen zu verstehen. Kollektive Interessenvertretung kann in einzelnen sozialen Praxisfeldern weiterhin wirksam sein, ohne daraus eine entsprechende gesamtgesellschaftliche politische Orientierung hervorzubringen. Die Hegemoniekrise besteht insofern auch im Brüchigwerden der Verknüpfung unterschiedlicher Erfahrungsräume: Organisierte Interessen, lebensweltliche Konflikte und politische Deutungen werden nicht mehr selbstverständlich in einen gemeinsamen Erwartungshorizont übersetzt. Wie sich diese Fragmentierung empirisch bis in unterschiedliche Lebensbereiche ein und derselben Person fortsetzen kann, wird in Kapitel 4 anhand der AfD-Wählerschaft genauer untersucht (Gramsci 1994–2002, H. 11, § 12, 1375–1390; Boewe 2026).

Der Stimmenverlust der Volksparteien CDU/CSU und SPD ist deshalb nicht bloß Folge wechselnder Kandidaten oder einzelner Kampagnen. Er verweist auf eine Repräsentationslücke zwischen sozialer Lage, organisierten Interessen und politischer Entscheidung. Während Beschäftigungsformen, Bildungswege, Eigentumspositionen und regionale Lebensbedingungen heterogener wurden, verloren die Parteien immer mehr jene dauerhaften Rückkopplungen, durch die Forderungen aus Vereinen, Betrieben und Ortsverbänden in Programme eingingen. Professionalisierte Kommunikation kann diese organisatorische Ausdünnung nicht vollständig kompensieren. Wo Parteien vor allem als staatliche Entscheidungsapparate erscheinen, wird Protest leichter als Gegensatz zwischen einem homogenen „Volk“ und einer abgeschlossenen politischen Klasse interpretiert und artikuliert.

Der langfristige Rückgang der Volksparteien lässt sich an den Bundestagswahlergebnissen besonders deutlich ablesen: 1998 vereinten SPD und CDU/CSU noch 76,0 Prozent der Zweitstimmen auf sich; die SPD erreichte 40,9 Prozent, CDU und CSU zusammen 35,1 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2025 kamen dieselben Parteien zusammen nur noch auf 45,0 Prozent; die SPD fiel auf 16,4 Prozent, CDU und CSU erreichten gemeinsam 28,6 Prozent. Damit sank der gemeinsame Zweitstimmenanteil der beiden klassischen Volksparteien innerhalb von 27 Jahren um 31,0 Prozentpunkte. Zugleich wurde die AfD 2025 mit 20,8 Prozent zweitstärkste Kraft. Der Begriff „Volkspartei“ bezeichnet hier keine zeitlose Parteieigenschaft, sondern die historische Fähigkeit, unterschiedliche Klassenlagen, Milieus und Interessen dauerhaft in breiten Wählerkoalitionen zu integrieren. Diese Integrationsfunktion ist bei CDU/CSU und SPD stark geschwächt (Bundeswahlleiterin 1998; 2025a; Infratest dimap 2026).

Diese Vermittlungskrise verändert die politische Repräsentation. Die Fragmentierung und Pluralisierung des deutschen Parteiensystems ist eine Folge der schwächeren Fähigkeit der (früheren) Volksparteien, heterogene Klassenlagen dauerhaft in übergreifende Projekte einzubinden. Die SPD kann industrielle Kernbelegschaften, prekäre Dienstleistungen, öffentliche

Beschäftigte und urbane Milieus nicht mehr selbstverständlich unter einem Fortschrittsversprechen zusammenführen; CDU und CSU stehen zwischen exportorientiertem Kapital, Mittelstand, konservativen Milieus und den negativen sozialen Folgen kostenorientierter Modernisierung. Wachsende Wahlvolatilität verweist damit auf eine Lockerung jener organisatorischen Beziehungen, über die Parteien früher als kollektive Intellektuelle Interessen formten. Die AfD kann diese Repräsentationsenttäuschung als Gegensatz von „Volk“ und politischem Establishment artikulieren (Jun 2025: 11–12; Pokorny 2026: 8–14, 37–40).

Bis Anfang September 2026 hat sich die Repräsentations- und Vertrauenskrise weiter verschärft. Im ARD-DeutschlandTrend vom September waren nur 15 Prozent mit der Arbeit der schwarz-roten Bundesregierung zufrieden, 84 Prozent dagegen unzufrieden. Bundeskanzler Friedrich Merz erreichte nur 13 Prozent Zufriedenheit, Vizkanzler Lars Klingbeil 22 Prozent. Auch das Sachvertrauen der Regierungsparteien ist auf zentralen Politikfeldern gesunken: Bei sozialer Gerechtigkeit lag die SPD mit 20 Prozent nur noch knapp vor AfD und Linken mit jeweils 18 Prozent; bei der Wirtschaft führte die Union zwar mit 24 Prozent, hatte ihren Vorsprung gegenüber der AfD aber deutlich eingebüßt. In der Sonntagsfrage lag die AfD mit 27 Prozent vor CDU/CSU mit 21 Prozent und der SPD mit 13 Prozent. Davon methodisch zu trennen ist die vom dbb beauftragte Forsa-Bürgerbefragung 2026, in der nur noch 17 Prozent dem Staat zutrauten, seine Aufgaben erfüllen zu können. Solche Umfragen sind Momentaufnahmen, dokumentieren aber eine ausgeprägte Vertrauens- und Repräsentationskrise (Infratest dimap 2026b; dbb/Forsa 2026).

Diese Diagnose ist keine ökonomistische Ableitung politischer Einstellungen aus wirtschaftlichen Krisenprozessen. Materielle Verhältnisse strukturieren Bedingungen politischen Handelns, bestimmen aber weder unmittelbar die Form des Alltagsverstands noch die Richtung seiner politischen Verarbeitung. Kapitel 3 untersucht deshalb, wie ökonomische Erscheinungsformen, hegemoniale Deutungen und subjektive Handlungsgründe vermittelt sind.

3. Die politische und die subjektive Verarbeitung der Krise: Alltagsverstand und rechte Reartikulation

Der einleitend definierte Alltagsverstand ist selbst Ergebnis früherer hegemonialer Kämpfe. Im fordistisch-sozialstaatlich geprägten Block wurde Leistung vor allem mit der Erwartung verbunden, dass Produktivitätsfortschritt, tariflich vermittelte Reallohnsteigerungen, soziale Sicherheit und individueller Aufstieg miteinander vereinbar seien. Der neoliberal-exportorientierte Block übernahm die Leitbegriffe Leistungsgesellschaft, soziale Marktwirtschaft und die Sicherheitsversprechen, verschob jedoch deren Bedeutung: Materieller Wohlstand und Beschäftigung wurden stärker an internationale Wettbewerbsfähigkeit, Eigenverantwortung, Flexibilität und die Sicherung des „Standorts Deutschland“ gebunden; sozialstaatliche Sicherung wurde stärker als aktivierende Unterstützung von Marktteilnahme legitimiert. Der hegemoniale Wandel bestand somit weniger im Austausch eines vollständigen Deutungssystems als in einer Neuordnung seiner Elemente und ihrer Rangfolge. Dazu traten meritokratische Deutungen, nach

denen soziale Positionen wesentlich als Ergebnis eigener Leistung erscheinen. Nationalistische, rassistische oder ethnisierende Vorstellungen verschwanden zugleich nie vollständig. Solidarische und egalitäre Orientierungen stehen daher neben Konkurrenzdenken, Hierarchievorstellungen und der Unterscheidung zwischen Zugehörigen und Nichtzugehörigen (Jessop 2014: 252–253; Schweiger 2022).

Diese Widersprüchlichkeit des Alltagsverstandes hat bei Marx eine ökonomische Voraussetzung. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse liegen den Akteuren nicht unmittelbar als gesellschaftliche Verhältnisse zwischen Klassen vor, sondern erscheinen in Formen, die ihren sozialen Zusammenhang zugleich ausdrücken und verkehren. Im Warenfetisch nimmt das gesellschaftliche Verhältnis voneinander unabhängig produzierender Privatarbeiten die Form eines Wertverhältnisses zwischen Dingen an. Der Wert erscheint damit als Eigenschaft der Ware selbst, obwohl er Ausdruck eines spezifischen gesellschaftlichen Produktionsverhältnisses ist. Im Geldfetisch verdichtet sich diese Verselbständigung: Geld erscheint als von sich aus mit gesellschaftlicher Macht ausgestattete Sache, obwohl seine Macht aus der gesellschaftlichen Beziehung der Warenproduzenten und ihrer Produkte hervorgeht. Konkurrenz, Marktpreise und Geldbewegungen treten den Einzelnen deshalb als äußerliche, scheinbar naturhafte Sachzwänge gegenüber. Die Akteure handeln innerhalb dieser Formen durchaus rational, ohne damit die gesellschaftliche Totalität zu durchschauen, die ihre Handlungen hervorbringt (Marx 1962: 85–98, 109–160).

Für die politische Bewusstseinsbildung ist darüber hinaus entscheidend, dass die Mystifikation nicht auf Ware und Geld beschränkt bleibt. In der Lohnform erscheint der Wert beziehungsweise Preis der Arbeitskraft als Preis der geleisteten Arbeit selbst. Dadurch wird die für das Kapitalverhältnis konstitutive Differenz zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit im unmittelbaren Austausch zwischen Lohnarbeiter und Kapitalist verdeckt: Der gesamte Arbeitstag scheint bezahlt, Ausbeutung erscheint nicht als unbezahlte Aneignung von Mehrarbeit, sondern als formal gleicher Tausch von Arbeit gegen Lohn. Auf der Oberfläche der Konkurrenz verselbständigen sich anschließend auch Profit, Zins und Grundrente gegenüber ihrem gemeinsamen Ursprung im gesellschaftlich produzierten Mehrwert. In der von Marx analysierten „trinitarischen Formel“ scheinen Kapital von Natur aus Profit oder Zins, Boden von Natur aus Rente und Arbeit von Natur aus Lohn hervorzubringen. Die historisch bestimmten Klassenverhältnisse nehmen so die Gestalt sachlicher Einkommensquellen und scheinbar selbständiger ökonomischer Faktoren an. Gerade diese Verkehrung ist für Marx keine bloße Täuschung oder propagandistische Manipulation, sondern eine objektive Erscheinungsform kapitalistischer Vergesellschaftung, die im alltäglichen Handeln immer wieder reproduziert wird (Marx 1962: 557–564; Marx 1964: 822–839).

Diese ökonomische Ungleichheit steht zugleich in einem eigentümlichen Spannungsverhältnis zur Form der politischen Demokratie. In ihr begegnen sich die Individuen rechtlich und politisch als freie und gleiche Staatsbürger, deren Stimme grundsätzlich unabhängig von Vermögen, Einkommen und ökonomischer Macht denselben formalen Wert besitzt. Diese staatsbürgerliche Gleichheit hebt die ungleiche Verfügung über Eigentum, Einkommen, Produktionsmittel und gesellschaftliche Einflussressourcen jedoch nicht auf. Politische Gleichheit und sozialökonomische

Machtungleichheit bestehen daher nebeneinander und bilden selbst einen zentralen Widerspruch moderner kapitalistischer Demokratien.

Für die rechte Reartikulation durch die AfD ist diese strukturelle Undurchsichtigkeit bedeutsam. Wenn Lohn, Preis, Profit, Zins, Steuer und Konkurrenz im Alltag als voneinander getrennte Sachverhalte erscheinen, sind ihre Vermittlungen durch Eigentum, Produktionsverhältnisse und Klassenverhältnisse politisch nicht unmittelbar gegeben. Die AfD muss ökonomische Widersprüche daher nicht leugnen; sie kann an realen Erscheinungsformen ansetzen und ihnen sichtbare Verursacher zuordnen. Komplexe Vermittlungen von Kapitalverwertung, Weltmarkt, Staat und sozialer Reproduktion werden personalisiert und politisch vereinfacht: Regierung, EU, Migration oder angebliche Sozialstaatsnutzníeßer erscheinen als unmittelbar Verantwortliche. Das AfD-Wahlprogramm spricht entsprechend von einer „politischen Klasse“, die Macht, Status und materielles Wohlergehen sichere und dabei Volk, Wirtschaft und Wohlstand zerstöre (AfD 2025: 128).

Marx' Fetischismusanalyse erklärt weder Nationalismus noch rechtes Bewusstsein; sie erklärt, weshalb die gesellschaftlichen Ursachen realer Krisenerfahrungen in den alltäglichen Erscheinungsformen nicht transparent vorliegen.

Genau hier setzt Gramsci an: Der Alltagsverstand organisiert und verbindet solche Erfahrungen politisch. Der historische Block der Bundesrepublik deutete Markt, Leistung, Sozialpartnerschaft und Sozialstaat lange als vereinbare Bestandteile einer sozialen Marktwirtschaft; die AfD ordnet diese Elemente lediglich neu, hält Markt und Leistung positiv besetzt und deutet soziale Unsicherheit stärker als Folge politischer Fehlsteuerung, Migration und nationaler Entmächtigung. Im Wahlprogramm werden Verunsicherung, öffentliche Sicherheit, Krieg, Lebenshaltungskosten und die nur „angeblich existenzbedrohende Klimakrise“ zu einem Krisenbild verbunden (AfD 2025: 13, 15–16; Eicker 2024: 701–10).

Diese Reartikulation trifft auf reale Krisenerfahrungen. Beschäftigte erleben Arbeitsplatzunsicherheit, Mieter hohe Mieten, Eltern überlastete Schulen, Rentner Kaufkraftverluste und Bewohner strukturschwacher Regionen den Rückgang öffentlicher Infrastruktur. Eine klassenpolitische Artikulation könnte dies mit Eigentumsverhältnissen, Investitionsdefiziten, zu niedrigen Löhnen und Profiten verbinden. Die AfD verschiebt den politischen Sinn dagegen auf Migration, Eliten, EU, Klimapolitik und kulturellen Liberalismus. Weidel bündelt diese Verschiebung beispielhaft, wenn sie Ausgaben für Migranten mit Steuern, Krankenkassenbeiträgen, Infrastruktur, Wohnraum und innerer Sicherheit verknüpft (Weidel 2025a). Die Erfahrung selbst muss dafür nicht erfunden werden; verändert wird aber ihre kausale und moralische Interpretation.

Holzkaamps Kritische Psychologie vertieft diese Erklärung vom Subjektstandpunkt aus. Menschen übernehmen politische Deutungen nicht aufgrund von Manipulation, sondern weil sie ihnen unter konkreten Lebensbedingungen begründet erscheinen können. Werden Arbeitsplatz, Wohnen, soziale Sicherung oder politische Entscheidungen als fremdbestimmt erlebt, versprechen personalisierte Erklärungen Übersichtlichkeit. Die AfD benennt Eliten, Regierung, EU, Migranten und kulturelle Minderheiten als Verursacher und stellt Grenzziehung sowie nationale Souveränität

als Wiedergewinnung von Kontrolle dar. Ihr Wahlprogramm bezeichnet den Maßnahmenkatalog zur Umkehr des behaupteten „migrationspolitischen Staatsversagens“ ausdrücklich als „Remigration“ (AfD 2025: 100–102).

Holzkamps Unterscheidung von restriktiver und verallgemeinerter Handlungsfähigkeit macht die Begrenztheit dieses Angebots sichtbar. Restriktive Handlungsfähigkeit versucht, die eigene Position innerhalb bestehender Machtverhältnisse durch Anpassung, Konkurrenz oder Abgrenzung zu sichern; verallgemeinerte Handlungsfähigkeit zielt auf die gemeinsame Erweiterung gesellschaftlicher Verfügungsmöglichkeiten. Das AfD-Angebot kann subjektiv als Handlungsgewinn erscheinen, weil es Zugehörigkeit, Eindeutigkeit und die Aufwertung der eigenen Gruppe verspricht. Die strukturellen Ursachen von Arbeitsplatzunsicherheit, Wohnungsnot oder ungleicher Vermögensverteilung werden dadurch nicht thematisiert. Die Erweiterung eigener Handlungsmacht wird vor allem als Einschränkung der Ansprüche anderer - von Migrantinnen und Migranten und angeblichen „Sozialschmarotzern“ – definiert.

Für diese rechte Reartikulation braucht es organische Intellektuelle. Gramsci meint damit nicht einfach akademisch Gebildete, sondern Akteure, die Erfahrungen und Interessen einer gesellschaftlichen Gruppe organisieren, vereinheitlichen und politisch deutbar machen. Im Umfeld der AfD erfüllen Parteipolitiker, Publizisten, Influencer, alternative Medien und neurechte Netzwerke diese Funktion. Sie produzieren nicht lediglich einzelne Meinungen, sondern arbeiten an einer relativ kohärenten Sprache, in der ökonomische Unsicherheit, Statusverlust, Migration, nationale Souveränität und kultureller Konflikt miteinander verbunden werden. Gerade die Verbindung zwischen parlamentarischer Partei und einem außerparlamentarischen „Vorfeld“ erweitert dabei die Fähigkeit, Begriffe, Deutungsmuster und politische Identitäten auch jenseits formaler Parteiorganisation zu verbreiten. In gramscianischer Perspektive können solche Akteure als organische Intellektuelle eines sich formierenden rechten Hegemonieprojekts interpretiert werden; diese Funktionsbestimmung besagt allerdings nicht, dass bereits ein konsolidierter neuer historischer Block existiert. Forschung zur Neuen Rechten zeigt eine bewusste „metapolitische“ Orientierung: Der Kampf um Begriffe und kulturelle Deutung soll politische Verschiebungen vorbereiten (Gramsci 1994–2002, H. 12, § 1, 1497–1502; Birk 2024: 713–34; Eicker 2024: 701–10).

Das Internet verändert die infrastrukturellen Bedingungen dieser intellektuellen und hegemonialen Arbeit. Digitale Plattformen ermöglichen es der AfD und ihrem Umfeld, journalistische Vermittlungsinstanzen teilweise zu umgehen, Botschaften zu personalisieren, rasch zu vervielfältigen und unmittelbar mit Anhängern zu interagieren. Besonders auf TikTok erreichte die Partei schon vor den Landtagswahlen 2024 eine außergewöhnlich hohe Sichtbarkeit; auch im Bundestagswahlkampf 2025 gehörte sie zu den aktivsten politischen Akteuren. Für den Zeitraum Mai 2024 bis Februar 2025 weist eine groß angelegte Analyse 5.665 AfD-TikTok-Videos aus; pro untersuchtem Account war die AfD mit durchschnittlich 50 Videos die aktivste Partei. Inhaltlich war ihre Kommunikation deutlich affektorientiert: Mehr als 72 Prozent der untersuchten AfD-Videos enthielten Ärger, rund 78 Prozent Outgroup-Animosität und ebenfalls rund 78 Prozent identitätsbezogene Sprache. Eine weitere Inhaltsanalyse des Bundestagswahlkampfes 2025 zeigt, dass auf X emotional geprägte Beiträge bei allen Parteien dominierten, wobei die AfD dort am

intensivsten emotional und zugleich besonders stark attackierend kommunizierte. Solche Befunde rechtfertigen nicht die Behauptung, ein Algorithmus verursache Wahlentscheidungen für die AfD. Sie zeigen aber, dass die Partei die Aufmerksamkeitslogik digitaler Plattformen mit emotionalisierenden, konfliktorientierten und identitätsstiftenden Botschaften verbindet. Organische Intellektuelle wirken damit nicht nur über Bücher, Parteitage oder traditionelle Medien, sondern als vernetztes Ensemble aus Politikern, Aktivisten, Influencern und alternativen Medienakteuren, die den Alltagsverstand in kurzen, wiederholbaren und affektiv verdichteten Formaten bearbeiten. Das Internet ist in dieser Perspektive kein eigenständiger Erklärungsgrund des AfD-Aufstiegs, aber ein Beschleuniger und Organisationsraum rechter Reartikulation (Solovev et al. 2026: 13, Abb. 1B, 1E-F; Verwiebe et al. 2025: 23).

4. Die klassenübergreifende soziale Wählerbasis der AfD und ihre Grundlagen

Die soziale Basis der AfD ist klassenübergreifend; die häufige Bezeichnung als „Arbeiterpartei“ führt deshalb in die Irre. Sie verwechselt den hohen AfD-Anteil unter Arbeitern mit deren Anteil am gesamten AfD-Elektorat. Viola Neu schätzt auf Grundlage der verfügbaren Sozialstrukturdaten, dass Arbeiter bei enger Abgrenzung rund 12 Prozent des gesamten AfD-Elektorats bei der Bundestagswahl 2025 ausmachen – etwa 1,2 Millionen bei gut 10,3 Millionen AfD-Zweitstimmen. Dieser Wert ist eine Modellrechnung, keine unmittelbar erhobene Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft (Neu 2026: 24–26; Bundeswahlleiterin 2025a; Decker 2026a).

Unterschiedliche Wahlergebnisse der AfD in sozialen Gruppen dokumentieren die von der Forschungsgruppe Wahlen erhobenen und im Datenhandbuch des Deutschen Bundestages dokumentierten Wahltagsdaten 2025: 30 Prozent bei Arbeitern, 18 bei Angestellten, 19 bei Selbständigen, 12 bei Beamten und 14 bei Rentnern (Deutscher Bundestag 2025a: Kap. 1.11). Diese Berufsgruppenwerte stammen aus Wahlforschungsdaten und nicht aus der amtlichen repräsentativen Wahlstatistik, die nur Alter und Geschlecht erfasst (Bundeswahlleiterin 2025b). Sie belegen unterschiedliche Resonanz, nicht identische Motive; die folgenden Deutungen sind sozialstrukturelle Interpretationen, keine Zuschreibungen für jeden einzelnen Wähler.

Das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt 2026 verschärft dieses Muster, ohne die klassenübergreifende Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft aufzuheben. Die Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF zeigt eine auf breiter Front starke AfD, zugleich aber deutliche Unterschiede zwischen sozialen Gruppen. Besonders hoch war ihr Stimmenanteil unter Arbeiterinnen und Arbeitern, wo sie mehr als die Hälfte der Stimmen erhielt; bei Beamtinnen und Beamten lag sie mit 29 Prozent dagegen deutlich unter ihrem landesweiten Ergebnis von 43,8 Prozent. Auch die Bildungsdaten weisen ein starkes Gefälle auf: Unter Wahlberechtigten mit Hauptschulabschluss erreichte die AfD 57 Prozent, bei Mittlerer Reife 53 Prozent, bei Abitur 37 Prozent und bei Hochschulabschluss 23 Prozent. Die Forschungsgruppe Wahlen stützt ihre Wahlanalyse auf eine Vorwahlbefragung von 1.249 Wahlberechtigten und eine Wahltagsbefragung

von 18.384 Wählerinnen und Wählern. Die Befunde sprechen deshalb für eine besonders starke Resonanz in arbeiter- und bildungsbezogen niedriger positionierten Gruppen, zugleich aber gegen die Verkürzung der AfD auf eine reine Arbeiterpartei: Selbst unter Beamten und höher Gebildeten erreicht sie erhebliche Minderheiten. Für die Klassenanalyse ist damit weniger eine exklusive Klassenbasis als die Fähigkeit entscheidend, unterschiedliche soziale Lagen mit einer gemeinsamen Krisen- und Repräsentationserzählung zu verbinden (Forschungsgruppe Wahlen 2026c).

Die 2025 veröffentlichte WSI-Studie von Andreas Hövermann für die Hans-Böckler-Stiftung erlaubt eine genauere Betrachtung der AfD-Wählerschaft innerhalb der Erwerbsbevölkerung. Im WSI-Erwerbspersonenpanel gaben rund 36 Prozent derjenigen, die sich selbst als Arbeiter einstufen, eine AfD-Wahl an; bei Angestellten waren es 18 Prozent und bei Beamten 8 Prozent. Besonders hoch lag die AfD-Präferenz bei Produktionsarbeitenden mit knapp 37 Prozent. Routinearbeiter und Facharbeiter unterschieden sich dabei kaum: 35,9 gegenüber 37,6 Prozent. Auch Dienstleistende lagen mit 27 Prozent über dem Durchschnitt, während akademische und halbakademische Erwerbsgruppen nur Werte von etwa 14 bis 16 Prozent erreichten (Hövermann 2025: 17–20).

Aufschlussreich ist die Differenzierung nach Arbeitsbedingungen. Im WSI-Panel steigt die AfD-Wahlneigung mit sinkender beruflicher Handlungsautonomie nahezu linear an. Unter Erwerbstätigen mit sehr geringer Handlungsautonomie, manuellen Tätigkeiten sowie unter Un- und Angelernten lag die AfD-Präferenz bei rund 30 Prozent; bei Beschäftigten mit hoher Handlungsautonomie, akademischer Qualifikation oder weitreichenden Entscheidungsbefugnissen nur bei etwa 13 Prozent. Besonders hohe Werte fanden sich außerdem bei Beschäftigten im Verkehrs- und Logistikbereich mit 30 Prozent, im Baugewerbe mit 26 Prozent sowie im Handel und im Kfz-Gewerbe mit 25 Prozent. Dagegen lagen Beschäftigte in Erziehung und Unterricht bei der AfD-Präferenz nur bei 8 Prozent und Beschäftigte in Medien, Information, Kommunikation und Kunst nur bei 12 Prozent (Hövermann 2025: 17–21). Die politische Spaltung verläuft damit nicht einfach zwischen „Arbeitern“ und „Nichtarbeitern“, sondern entlang von Autonomie, Qualifikation, Arbeitslogik, Branche und gesellschaftlichem Status.

Die Berufsgruppenwerte deuten nicht auf identische Motive hin. Bei Produktions-, Bau-, Verkehrs- und Logistikarbeitern können sich mehrere Belastungen verdichten: geringe Entscheidungsspielräume, körperliche Beanspruchung, Schicht- und Taktarbeit, Rationalisierung sowie die Gefahr, dass Dekarbonisierung, Digitalisierung oder Standortverlagerung erworbene Qualifikationen entwerten. Gerade Facharbeiter können dabei zugleich materiell relativ abgesichert und subjektiv abstiegsgefährdet sein. Die Befunde sind damit vereinbar, dass AfD-Affinität nicht nur mit erlebter materieller Deprivation, sondern auch mit Sorgen um Status, berufliche Anerkennung und Kontrolle über die eigene Zukunft zusammenhängt. Die hohen Werte bei Routine- und Facharbeitern sowie bei Beschäftigten in Produktion, Verkehr, Bau und Handel stützen diese Interpretation, ohne für jeden Einzelnen dasselbe Motiv zu behaupten (Hövermann 2025: 17–21).

Die historische Erosion sozialdemokratischer Arbeiterbindungen wird durch Debus und Traunmüller präzisiert. Auf Basis des SOEP zeigen sie für die Bundestagswahl 2017, dass Personen mit Arbeiterhintergrund häufiger AfD wählten und dass frühere SPD-Wähler beziehungsweise

frühere SPD-Identifizierer mit Arbeiterhintergrund eher zur AfD tendierten als ehemalige SPD-Anhänger aus anderen Berufsgruppen. Für 2013, als die AfD noch stärker euroskeptisch und nationalkonservativ profiliert war, findet sich dieses Muster nicht. Der empirische Befund spricht damit für eine spezifische Öffnung eines Teils des früher sozialdemokratisch gebundenen Arbeitermilieus gegenüber der radikalen Rechten; er belegt jedoch weder einen geschlossenen Übergang der Arbeiterklasse zur AfD noch einen unmittelbaren Kausalmechanismus. Für die hier entwickelte Vermittlungsthese ist vor allem relevant, dass frühere Parteibindung allein diese politische Neuorientierung nicht verhindert hat (Debus/Traunmüller 2026: 195–216).

Teneys Analyse auf Grundlage der German Longitudinal Election Study zur Bundestagswahl 2025 warnt vor einer Homogenisierung des AfD-Elektorats. In einer Latent-Profile-Analyse von 6.414 Befragten, darunter 858 Personen mit angegebener AfD-Wahl, unterscheidet sie konservative Hardliner, radikal-rechte Autoritäre und moderate Konservative. Die Profile unterscheiden sich insbesondere in der Stärke autoritärer, antisemitischer und minderheitenfeindlicher Einstellungen; die restriktive Haltung zur Migration bildet die wichtigste gemeinsame Schnittmenge. Empirisch spricht dies gegen die Annahme eines einheitlichen AfD-Milieus. Theoretisch lässt sich die Heterogenität gramscianisch als Bündelung unterschiedlicher Ausprägungen des Alltagsverstands unter einem gemeinsamen national-populistischen Deutungsangebot interpretieren (Teney 2026: 3–6).

Für die Frage, weshalb ein beträchtlicher Teil der Arbeiter und auch der Angestellten eine wirtschafts- und sozialpolitisch marktliberal positionierte Partei unterstützt, reicht die Formel eines bloßen „Wählens gegen die eigenen Interessen“ jedoch nicht aus. Biskamp zeigt, dass viele AfD-Wählende den wirtschaftspolitischen Kurs der Partei nicht verkennen. In seinen Auswertungen erscheint die AfD wirtschafts- und sozialpolitisch deutlich marktliberal, unternehmensfreundlich und fiskalkonservativ; zugleich teilen Teile ihrer Wählerschaft Präferenzen für niedrigere Steuern und Abgaben auch dann, wenn damit Einschränkungen sozialstaatlicher Leistungen verbunden sind (Biskamp 2026). Damit verschiebt sich die analytische Frage: Nicht nur, ob eine politische Position einem aus der Klassenlage abgeleiteten objektiven Interesse entspricht, sondern wie Beschäftigte ihre materielle Lage unter konkreten gesellschaftlichen Bedingungen selbst deuten und welche Konflikte sie dabei politisch priorisieren.

Einen anschaulichen Hinweis auf den dafür relevanten Vermittlungsmechanismus gibt Jörn Boewe in einem journalistischen Beitrag in der Wochenzeitung der Freitag. An Beispielen eines gewerkschaftlich engagierten Betriebsrats und eines Lkw-Fahrers beschreibt er, wie dieselben Personen gesellschaftliche Konflikte in unterschiedlichen Lebensbereichen nach verschiedenen Koordinaten ordnen können. Im Betrieb kann der Gegensatz zwischen Beschäftigten und Unternehmensmacht unmittelbar erfahrbar bleiben und kollektive Interessenvertretung durch Betriebsrat und Gewerkschaft als wirksam erscheinen. Im Wohnquartier können Konflikte dagegen horizontal als Konkurrenz verschiedener Gruppen um knappen Wohnraum, öffentliche Infrastruktur und soziale Dienstleistungen wahrgenommen werden; gegenüber dem Staat können Steuern, Abgaben und Regulierung wiederum als Einschränkung eigener Verfügungsmöglichkeiten erscheinen. Boewes Beispiele stellen keine repräsentative Evidenz für die AfD-Wählerschaft dar,

illustrieren aber einen Mechanismus, der mit den Befunden Biskamps und Hövermanns vereinbar ist: Klassenlage, betriebliche Erfahrung, lebensweltlicher Alltagsverstand und politische Orientierung fallen nicht notwendigerweise zusammen (Boewe 2026; Biskamp 2026; Hövermann 2025: 17–21).

Diese Differenzierung präzisiert den gramscianischen Begriff des Alltagsverstands. Ein und dieselbe Person kann im Betrieb solidarische und gewerkschaftliche Orientierungen vertreten, als Mieter Konkurrenz um knappe Ressourcen erleben, als Steuer- und Beitragszahler staatliche Umverteilung skeptisch beurteilen und als Beschäftigter ökologische Regulierung oder Standortpolitik als Bedrohung beruflicher Sicherheit wahrnehmen. Solche Positionen müssen subjektiv nicht als widersprüchlich erscheinen, weil sie aus unterschiedlichen Praxiszusammenhängen hervorgehen. Gramscianisch entscheidend ist daher nicht die Berufsklasse an sich, sondern die politische Verknüpfung dieser Erfahrungen: Die AfD übersetzt Arbeitsverdichtung, Fremdbestimmung, Statusangst, Infrastrukturdefizite und Erwartungen an einen funktionsfähigen Staat in eine gemeinsame Erzählung nationalen Kontrollverlusts und verschiebt Konflikte auf Migration, „Bürokratie“, ökologische Regulierung oder kulturelle Eliten (Gramsci 1994–2002, H. 11, § 12, 1375–1390; Hövermann 2025: 17–21; Biskamp 2026; Boewe 2026).

Mit Holzkamp lässt sich derselbe Zusammenhang vom Subjektstandpunkt weiter bestimmen. Politische Orientierung folgt nicht mechanisch aus einer objektiven Klassenlage, sondern daraus, welche Handlungsmöglichkeiten Menschen unter ihren konkreten Lebensbedingungen wahrnehmen. Wo kollektive Interessenvertretung als wirksam erfahren wird, kann solidarische Orientierung fortbestehen; wo gesellschaftliche und politische Prozesse dagegen als fremdbestimmt erscheinen, können Grenzziehung, nationale Souveränität und die Einschränkung der Ansprüche anderer als Wiedergewinnung eigener Kontrolle plausibel werden. Eine solche restriktive Handlungsfähigkeit kann subjektiv einen Handlungsgewinn versprechen, ohne die gemeinsame Verfügung über die strukturellen Bedingungen von Arbeit, Wohnen und sozialer Reproduktion zu erweitern (Holzkamp 1983: 376–385; Boewe 2026).

Die Alters- und Geschlechteranalyse von Dominik Hirndorf ergänzt diese Befunde. Bei der Bundestagswahl 2025 war die AfD besonders unter jüngeren Männern und Männern in mittleren Altersgruppen stark. Junge Menschen verfügen keineswegs generell über schwächere Parteibindungen; unter den unter 30-Jährigen orientieren sich diese Bindungen jedoch seltener an CDU und SPD und häufiger an Grünen, Linken und AfD. Die Krise der Volksparteien ist somit nicht nur ein Abschmelzen alter Milieus, sondern wird durch neue geschlechtlich und generationell polarisierte Bindungen reproduziert (Hirndorf 2026: 3–5, 23–24).

Die überdurchschnittliche Stärke der AfD in Ostdeutschland verlangt eine regionale Ergänzung der sozialstrukturellen Analyse. Bei der Bundestagswahl 2025 lagen ihre Ergebnisse in den ostdeutschen Flächenländern deutlich über dem Bundesdurchschnitt; vielerorts wurde sie stärkste

Partei (Bundeswahlleiterin 2025a). Neuere Forschung behandelt dieses gute Ergebnis nicht als Folge einer einzelnen „ostdeutschen“ Ursache, sondern als Zusammenwirken sozioökonomischer, kultureller und politischer Faktoren, darunter Transformationsfolgen, Repräsentationsdefizite, politische Entfremdung, nativistische und populistische Orientierungen sowie längerfristige regionale Milieus (Heinze/Kailitz/Pickel/Weisskircher 2026: 395–411). Das lässt sich weder durch eine einheitliche „ostdeutsche Mentalität“ noch allein durch niedrigere Einkommen erklären.

Die ostdeutsche Sonderkonstellation hat eine lange materielle Vorgeschichte. Die Transformation nach 1989/90 bedeutete nicht lediglich einen institutionellen Systemwechsel, sondern eine tiefgreifende Neuordnung von Eigentum, Betrieben, Berufsbiografien und regionalen Machtverhältnissen. Deindustrialisierung, Privatisierung und der Transfer westdeutschen Kapitals und Führungspersonals gingen vielerorts mit Arbeitsplatzverlusten, Abwanderung und dem Verlust betrieblicher sowie kommunaler Organisationszentren einher. Auch dort, wo sich Einkommen, Infrastruktur und Lebensbedingungen später deutlich verbesserten, blieb deshalb eine spezifische Erfahrung eingeschränkter Verfügung über die ökonomische Entwicklung der eigenen Region bestehen. Für eine Klassenanalyse ist dies wichtig: Nicht eine unveränderte DDR-Prägung, sondern die nach 1990 neu zusammengesetzte Sozial- und Eigentumsstruktur bildet einen Teil des historischen Resonanzbodens gegenwärtiger politischer Konflikte (Mau 2019: insb. 132; 2024).

Hinzu kommt eine Repräsentations- und Anerkennungsdimension. Pickel und Pickel zeigen anhand multivariater Analysen des Sachsen-Monitors 2023, dass für die AfD-Identifikation in Ostdeutschland neben chauvinistischen Vorurteilen, der Ablehnung muslimischer Migration, Antifeminismus und politischer Entfremdung ein Faktor eigenständige Bedeutung besitzt, der im Westen so nicht hervortritt: die Wahrnehmung einer kollektiven Benachteiligung Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland. Entscheidend ist dabei weniger individuell erlebte Benachteiligung als eine gruppenbezogene Deprivation, die sich mit ostdeutscher Identität verbindet (Pickel/Pickel 2026: 412–436). Dieser empirische Befund erzeugt für sich genommen noch keine gramscianische Erklärung. In der hier verwendeten Perspektive lässt er sich jedoch als Resonanzbedingung interpretieren, an die die AfD mit Deutungen von Fremdbestimmung, mangelnder Anerkennung und nationalem Kontrollverlust anknüpfen kann.

Das Bundestagswahlergebnis von 2025 zeigt die politische Verdichtung dieses Resonanzraums besonders deutlich: In sämtlichen ostdeutschen Flächenländern wurde die AfD mit Zweitstimmenanteilen zwischen 32,5 und 38,6 Prozent stärkste Kraft; in 46 der 60 ostdeutschen Wahlkreise einschließlich Berlins erreichte sie die Erststimmenmehrheit. Zugleich entfielen rund 70 Prozent ihrer Stimmen absolut auf die alten Bundesländer. Die Ost-West-Differenz darf daher nicht in eine Erklärung verwandelt werden, die den AfD-Aufstieg regional isoliert: Ostdeutschland ist der Raum seiner stärksten hegemonialen Verdichtung, während die gesellschaftliche Ausweitung des Projekts längst gesamtdeutsch erfolgt (Bundeswahlleiterin 2025a).

Gramscianisch lässt sich diese Konstellation als regional besonders verdichtete Hegemoniekrise interpretieren. Diese theoretische Deutung geht über die Individualbefunde hinaus: Die AfD verbindet Erfahrungen begrenzter Gestaltungsmacht, schwacher Repräsentation und kollektiver

Benachteiligung mit einem national-populistischen „Wir“, das sich gegen politische Eliten, Bundesregierung, Medien, Migration und kosmopolitische Milieus richtet. Dass sich die AfD in Ostdeutschland mehr als ein Jahrzehnt nach ihrer Gründung dauerhaft elektoral verankert hat, ist dabei selbst ein erklärungsbedürftiger Befund; die aktuelle Forschung betont gerade die Komplementarität verschiedener historischer, sozioökonomischer, kultureller und politischer Erklärungen (Heinze/Kailitz/Pickel/Weisskircher 2026: 395–411; Pickel/Pickel 2026: 412–436).

Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 6. September 2026 bildet dafür einen besonders deutlichen empirischen Verdichtungspunkt. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis erreichte die AfD 43,8 Prozent der Zweitstimmen und 39 der 83 Mandate; gegenüber 2021 gewann sie 23,0 Prozentpunkte hinzu. Die CDU fiel auf 17,2 Prozent, SPD auf 9,3 Prozent, Grüne auf 8,9 Prozent und Die Linke auf 8,6 Prozent; das BSW zog mit 5,3 Prozent ein. Die Wahlbeteiligung stieg von 60,3 auf 77,8 Prozent. Der AfD-Erfolg lässt sich deshalb nicht als bloßer Mobilisierungseffekt geringer Beteiligung interpretieren. Zugleich war die Wahl eng mit der Bundespolitik und der sozialen Frage verschränkt: 59 Prozent der Befragten meinten, die Bundesregierung habe einen Denkkzettel verdient, nur 30 Prozent wollten die geplanten Sozialreformen bei Rente und Gesundheit auch gegen Widerstände durchsetzen, und 70 Prozent äußerten Sorge, bei anhaltender Preisentwicklung ihre Rechnungen irgendwann nicht mehr bezahlen zu können. Das Ergebnis beweist keine monokausale ökonomische Erklärung der AfD-Wahl; es stützt aber die These einer in Ostdeutschland besonders weit fortgeschrittenen Repräsentations- und Hegemoniekrise, in der soziale Unsicherheit, bundespolitische Enttäuschung und ein regionaler Anspruch auf politische Selbstbehauptung von der AfD erfolgreich miteinander artikuliert werden (Landeswahlleiterin Sachsen-Anhalt 2026; Infratest dimap/Tagesschau 2026b).

Gerade die Gleichzeitigkeit von mehreren Faktoren ist analytisch aufschlussreich. In Ostdeutschland überlagern sich langes Transformationsgedächtnis, schwächere traditionelle Parteibindungen, Repräsentationsdefizite, kollektive erlebte und gefühlte Deprivation und gegenwärtige Krisenerfahrungen; daraus entsteht jedoch keine politisch eindeutige Interessenlage. Dieselben Erfahrungen können zu Wahlenthaltung, Unterstützung anderer Parteien oder zu gewerkschaftlicher und kommunaler Organisierung ebenso wie zu rechten Deutungen führen. Aus regionalen Wahlergebnissen darf daher nicht auf individuelle Motive geschlossen werden. Aktuelle Individualdaten stützen diese Vorsicht: Für die Ost-West-Differenz der AfD-Wahlabsicht erweisen sich politisches Misstrauen, die Nutzung alternativer politischer Medien sowie populistische und nativistische Orientierungen als erklärungskräftiger als sozioökonomische und psychologische Variablen allein (Pickel/Pickel 2026: 412–436; Siebel/Horožoğlu/Kessels 2026: 10–16).

Der regionale Zusammenhang ist nicht auf Ostdeutschland beschränkt. Auch in Westdeutschland erzielt die AfD überdurchschnittliche Ergebnisse in industriell geprägten Transformationsräumen. Bayerlein, Kölzer und Metten präzisieren diesen Zusammenhang mit langfristigen Regionaldaten: Nicht bereits vollzogener industrieller Niedergang ist generell mit stärkerem Rechtspopulismus verbunden, sondern vor allem eine starke industrielle Tradition dort, wo künftiger Abstieg droht. In

ihrem Modell geht ein um 10,5 Prozentpunkte höherer historischer Industrieanteil statistisch mit einem um rund 1,1 Prozentpunkte höheren vorhergesagten AfD-Stimmenanteil einher; über das beobachtete Spektrum beträgt die Differenz rund fünf Prozentpunkte. Empirisch verweist dies auf die politische Relevanz antizipierter regionaler Verluste, ohne individuelle Motive nachzuweisen. Theoretisch ist der Befund mit der Annahme vereinbar, dass erwartete Status-, Arbeitsplatz- und Kontrollverluste zu Resonanzbedingungen rechter Krisendeutungen werden können (Bayerlein/Kölzer/Metten 2026: 163–194, insb. 181–183).

Die klassenübergreifende Zusammensetzung des AfD-Elektorats ist gramscianisch gut erklärbar. Hegemoniale Projekte verbinden unterschiedliche und teilweise widersprüchliche Interessen unter einer gemeinsamen politischen Sprache: bei abhängig Beschäftigten etwa Erfahrungen geringer Autonomie und Statuskonkurrenz, bei Selbständigen Steuer- und Regulierungskritik, bei vermögenden Gruppen markoliberalen Forderungen und bei sozial verunsicherten Gruppen den Schutz eines national begrenzten und bestimmte soziale Gruppen exkludierenden Sozialstaats. Die verbindende ideologische Leistung liegt nicht in der Darstellung eines gemeinsamen materiellen Interesses, sondern in einer politischen Rangordnung von Konflikten, die Migration, kulturelle Liberalisierung, EU, Klimapolitik und den Gegensatz von „Volk“ und „Elite“ gegenüber klasseninternen und klassenübergreifenden Gegensätzen in den Vordergrund rückt (Hövermann 2025: 17–21; Teney 2026: 3–6; Neu 2026: 24–26; Biskamp 2026; Boewe 2026).

Daraus folgt schließlich eine gegenhegemoniale Konsequenz: Demokratische Klassenpolitik kann sich weder auf die Ansprache abstrakter Berufsgruppen noch auf die kommunikative Widerlegung der AfD beschränken. Sie muss kollektive Wirksamkeit auch jenseits des Betriebs erfahrbar machen – in Kommunen, Wohnquartieren, öffentlichen Dienstleistungen, Transformationsprozessen und politischen Organisationen. Klassenpolitik entsteht in dieser Perspektive nicht allein aus gemeinsamer Lage, sondern aus organisierter Erfahrung gemeinsamer Durchsetzung (Boewe 2026; Holzkamp 1983: 376–385; Gramsci 1994–2002).

5. Grenzen von transformismo und passiver Revolution

Gramscis Begriffe des transformismo und der passiven Revolution helfen, die Reaktionen der etablierten Parteien CDU/CSU und SPD auf den Aufstieg der AfD zu analysieren.

Transformismo meint die Aufnahme und Entschärfung oppositioneller Kräfte oder Forderungen in das herrschende Projekt; passive Revolution eine Modernisierung von oben, die gesellschaftliche Veränderungen verarbeitet, ohne eine aktive politische Selbstorganisation der Subalternen zuzulassen. Mit Subalternen bezeichnet Gramsci untergeordnete gesellschaftliche Gruppen, deren Interessen politisch nur unvollständig organisiert und repräsentiert sind, im Regelfall im demokratischen Kapitalismus Teile der Lohnabhängigen. Gegenwärtig zeigen sich Grenzen beider Strategien: Teile des etablierten Parteienspektrums übernehmen Elemente rechter

Problemdefinitionen, während strukturelle Krisen zugleich durch Reformen bearbeitet werden, deren materielle Folgen und Verteilungswirkungen gesellschaftlich höchst umstritten sind und die Hegemonie des historischen Blocks gefährden.

Der Versuch des transformismo setzte nicht erst mit der Bildung der Regierung Merz/Klingbeil ein. Bereits vor der Bundestagswahl 2025 versuchten vor allem CDU und CSU und teilweise auch die SPD, Themen, Problemdefinitionen und Forderungen aufzunehmen, mit denen die AfD zuvor politischen Raum gewonnen hatte. Das betrifft besonders Migration, innere Ordnung und den Sozialstaat. Gramscianisch ist dabei zwischen der Aufnahme einzelner Forderungen und erfolgreichem transformismo zu unterscheiden: Oppositionelle Deutungen werden erst dann hegemonial entschärft, wenn ihre soziale Basis in ein erweitertes Projekt eingebunden wird. Bloße programmatische Annäherung kann dagegen die Problemdefinition des Konkurrenten AfD bestätigen, ohne dessen Anhänger zurückzugewinnen.

Besonders deutlich zeigt sich dies in der Migrationspolitik. Die Annäherung der Union an von der AfD besetzte Problemrahmen begann lange vor der Bundestagswahl 2025. Einen markanten Vorläufer bildete Horst Seehofers Satz von 2018: ‚Aber die Migrationsfrage ist die Mutter aller politischen Probleme in diesem Land.‘ Seehofer fügte selbst hinzu, viele Menschen verbänden ihre sozialen Sorgen mit der Migrationsfrage (Die Zeit/dpa 2018). Gerade darin liegt die hegemoniale Wirkung der Formel: Verschiedene Probleme – Wohnungsmangel, überlastete Schulen und Kommunen, Kriminalität, Abstiegsangst und die Erosion der Volksparteien – werden unter einer einzigen Ursache zusammengezogen. Migration wird so vom konkreten Politikfeld zum universellen Krisenschlüssel, während Investitionsdefizite, Eigentumsverhältnisse und Verteilungskonflikte in den Hintergrund treten sollen.

Im Bundestagswahlprogramm 2025 verschärften CDU und CSU diese Linie zu einem umfassenden Politikwechsel. Gefordert wurden Grenzkontrollen mit Zurückweisungen, die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte, eine restriktivere Gewährung von Sozialleistungen und eine stärkere Begrenzung sogenannter irregulärer Migration. Damit blieb die Union deutlich hinter der AfD-Forderung nach einer umfassenden ‚Remigration‘ zurück, übernahm aber zentrale Kategorien von Kontrolle, Begrenzung und nationaler Wiedergewinnung staatlicher Handlungsfähigkeit. Der Konflikt verschob sich dadurch teilweise von der Frage, ob Migration grundsätzlich stärker begrenzt werden solle, auf die Frage nach Reichweite und Härte der Begrenzung (CDU/CSU 2025: 40–42; AfD 2025: 100–102).

Eine ähnliche Verschiebung vollzog sich in der Sozialpolitik. CDU und CSU verbanden die Forderung nach Abschaffung des Bürgergelds mit dem Vorwurf unzureichender Arbeitsanreize und massenhaften Missbrauches und kündigten eine ‚Neue Grundsicherung‘ mit strengeren Mitwirkungs- und Sanktionsregeln an (CDU/CSU 2025: 29–31). Die verfügbaren Sanktionsdaten widerlegen jedoch das Bild massenhafter Arbeitsverweigerung entscheidend. 2025 waren im Monatsdurchschnitt nur 0,9 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten von mindestens einer Leistungsminderung betroffen; 85,5 Prozent der festgestellten Minderungen beruhten auf

Meldeversäumnissen, rund 31.000 auf verweigerter Aufnahme oder Fortführung von Arbeit, Ausbildung oder Eingliederungsmaßnahme (Bundesagentur für Arbeit 2026b). Die Statistik erfasst nicht jede Form von Missbrauch oder Schwarzarbeit, zeigt aber, dass sanktionierte Arbeitsverweigerung kein Massenphänomen war. Politisch wirksam war daher weniger die reale empirische Größenordnung als die Deutung des Sozialstaats als Konflikt zwischen Leistenden und vermeintlich nicht Leistungsbereiten.

Vor der Regierungsbildung blieb dieser transformismo zugleich widersprüchlich. Die Union verband restriktivere Migrations- und Sozialpolitik mit Steuersenkungen, Deregulierung und dem Festhalten an der Schuldenbremse, während die SPD öffentliche Investitionen, höhere Masseneinkommen und die Stabilisierung sozialer Sicherung stärker betonte (CDU/CSU 2025; SPD 2025). Damit existierte noch kein gemeinsames hegemoniales Projekt, sondern eine Annäherung in einzelnen Problemdefinitionen bei fortbestehenden Konflikten über Finanzierung, Verteilung und die Rolle des Staates. Gerade die nach der Wahl ausgehandelte Verbindung zusätzlicher öffentlicher Investitionsspielräume mit angebotsorientierten Entlastungen zeigt, dass die spätere Koalition unterschiedliche Krisendeutungen erst praktisch miteinander vermitteln musste.

Die Übernahme restriktiver Elemente führte nicht zu einer Schwächung der AfD. Vergleichende Forschung und Analysen zur Bundestagswahl 2025 zeigen, dass programmatische Annäherung in der Migrations- und Sozialpolitik den Problemrahmen der radikalen Rechten normalisiert. Der transformismo blieb vor der Regierungsbildung 2025 asymmetrisch: CDU/CSU und teilweise SPD verschoben die Grenze des Sagbaren und politisch Machbaren, ohne die organisierte Rechte in einen stabilen Konsens einzubinden oder deren Wählerschaft zurückzugewinnen. Die AfD konnte jede Verschärfung zugleich als Bestätigung ihrer früheren Diagnose und als unzureichende Kopie darstellen; sie behielt den Vorteil des ‚Originals‘ (Krause/Cohen/Abou-Chadi 2023: 172–79; Neuenfeld/Lewandowsky 2026: 5–6, 15–16; Schulte/Bischof 2026). Damit lag die entscheidende Bewährungsprobe nach der Regierungsbildung nicht mehr in der Rhetorik, sondern in der Frage, ob aus der programmatischen Aufnahme ein materiell tragfähiger Kompromiss zwischen CDU/CSU und SPD entstehen würde.

Seit Bildung der Regierung Merz/Klingbeil wurden mehrere zuvor programmatisch angekündigte Verschiebungen in staatliches Handeln umgesetzt. In der Migrationspolitik wurden seit dem 8. Mai 2025 Grenzkontrollen verstärkt und Zurückweisungen ausgeweitet; der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wurde für zwei Jahre ausgesetzt und die erst 2024 eingeführte Einbürgerung nach drei Jahren wieder gestrichen (BMI 2025; Deutscher Bundestag 2025c; 2025d). Sozialpolitisch löste die Neue Grundsicherung zum 1. Juli 2026 das Bürgergeld schrittweise ab und verschärfte unter anderem Mitwirkungs- und Sanktionsregeln (Bundesregierung 2026).

Wirtschafts- und finanzpolitisch entstand zwischen CDU/CSU und SPD ein hybrider Kompromiss. Degressive Abschreibungen und die geplante Senkung des Körperschaftsteuersatzes folgen angebotsorientierten Entlastungszielen; die Sonderschulden für Infrastruktur und Klimaneutralität und die Bundeswehr eröffnen dagegen umfangreiche kreditfinanzierte Investitionsspielräume (Bundesministerium der Finanzen 2025; Deutscher Bundestag 2025b). Die Union lockerte damit ihre

zuvor betonte enge Schuldenorientierung, während die SPD zusätzliche öffentliche Investitionen durchsetzte. Öffentliche Kredite und Steuermittel mindern private Kosten und Risiken, während die Verteilung der Transformationskosten und der Finanzierung des Sozialstaates umkämpft bleibt. Aus der hier vertretenen politökonomischen Perspektive ist dieser Kompromiss allerdings asymmetrisch: Ein Teil der Investitions- und Transformationsrisiken wird über öffentliche Kredite und Steuermittel gesellschaftlich getragen, während private Eigentums- und Investitionsmacht weitgehend unangetastet bleibt. Die staatliche Absicherung von Akkumulationsbedingungen geht damit nicht mit einer entsprechenden Ausweitung gesellschaftlicher Verfügung über Investitionen, Produktion und Transformationsentscheidungen einher.

In der Summe verbindet die Regierung angebotsorientierte Investitionsanreize mit kreditfinanzierter Infrastruktur- und Verteidigungspolitik sowie einer restriktiveren Ausgestaltung einzelner sozialpolitischer Leistungen. Von einer durchgängigen Austeritätspolitik kann daher nicht gesprochen werden. Der hier verwendete Begriff „selektive Austerität“ bezeichnet vielmehr die unterschiedliche Behandlung investiver und konsumptiver Ausgaben: Während zusätzliche Kredite Infrastruktur, Rüstung und Investitionsbedingungen absichern, stehen Teile der laufenden Sozialausgaben stärker unter Konsolidierungs-, Aktivierungs- und Kürzungsdruck. Politökonomisch verweist dies auf eine umkämpfte Verteilung der Krisen- und Transformationskosten (Bundesministerium der Finanzen 2025; 2026a; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2026).

Die jüngsten Umfragen zeigen, dass die bisherigen Anpassungs- und Reformstrategien der Bundesregierung bislang keinen politischen Befreiungsschlag bewirkt haben. Anfang September 2026 waren nur 15 Prozent mit der Arbeit der Koalition zufrieden; in der Sonntagsfrage lag die AfD mit 27 Prozent vor CDU/CSU mit 21 Prozent und der SPD mit 13 Prozent. Daraus lässt sich kein kausaler Effekt einzelner Regierungsmaßnahmen auf die AfD-Unterstützung ableiten. Gramscianisch spricht der Befund jedoch dafür, dass die Übernahme von Konfliktthemen und die angekündigten Reformen die Repräsentationslücke bislang nicht geschlossen haben (Infratest dimap 2026b).

6. Die AfD: Von der Gegenhegemonie zu einem neuen historischen Block?

Gegenhegemonie – der Aufbau eines oppositionellen Deutungs-, Bündnis- und Führungsprojekts gegen die herrschende Ordnung – bewirkt noch keinen neuen historischen Block. Eine Partei kann durch Protest und gemeinsame Ablehnung zusammengehalten werden; ein historischer Block verlangt darüber hinaus eine relative Verbindung von Akkumulationsweise, staatlicher Strategie, institutionellen Bündnissen und kultureller Führung. Dafür müsste die AfD unterschiedliche Klassen dauerhaft verbinden, ihre Interessen in einen materiellen Kompromiss für Regierungspolitik übersetzen und Zustimmung auch außerhalb des eigenen Milieus organisieren. Bislang verfügt sie über eine breite Wählerschaft und ein Narrativ des nationalen Niedergangs, doch ihre ökonomische Programmatik enthält marktradikale, mittelstandsorientierte und sozialpopulistische Elemente (Decker 2026b).

Die wirtschaftspolitischen Akzentuierungen der AfD können unterschiedliche soziale Gruppen ansprechen: Weidels Marktliberalismus Teile des Bürgertums und der Selbständigen, Höckes Sozial- und Staatsrhetorik Teile der Lohnabhängigen, Kaisers „solidarischer Patriotismus“ ein national-soziales Milieu. Materiell bleiben jedoch Spannungen zwischen Steuersenkung und Staatsabbau einerseits sowie sozialem Schutz, regionaler Förderung und aktiver Industriepolitik andererseits. Solange die AfD nicht regiert, lassen sich diese Gegensätze durch Migrationskritik, nationales Souveränitätsdenken und kulturelle Homogenität politisch überbrücken; Regierungsverantwortung würde konkrete Entscheidungen über Steuern, Sozialausgaben, Infrastruktur und Industriepolitik erzwingen (Biskamp 2026; Fratzscher 2026b; Dorsch/Gropp/Reifschneider 2026).

Die zentrale Bewährungsprobe läge bei Regierungsverantwortung der AfD deshalb im materiellen Interessenausgleich. Steuersenkungen zugunsten höherer Einkommen und Unternehmen können mit dem Schutz kleiner Selbständiger begründet werden, vermindern aber ohne Gegenfinanzierung den Spielraum für Rente, Pflege, Kommunen und Strukturpolitik. Ein Bruch mit europäischer Integration oder Exportabhängigkeit könnte nationale Handlungsfähigkeit versprechen, träfe jedoch Branchen und Beschäftigte in europäischen Wertschöpfungsketten. Entscheidend wäre somit, welche Gruppen innerhalb eines rechten Bündnisses führen und welche die Anpassungskosten tragen. Solange diese Frage offenbleibt, kann nationale Identität die materiellen Gegensätze politisch und ideologisch überbrücken, aber nicht aufheben.

Das Verhältnis der AfD zu exportorientierten Kapitalfraktionen ist spannungsreich. Im ZDF-Sommerinterview vom 23. August 2026 verteidigte Alice Weidel die von der AfD geforderte Abkehr vom Euro und kündigte eine Schließung der Grenzen an; Deutschland werde notfalls aus dem Schengen-Abkommen austreten (ZDF 2026). Damit geraten zentrale Elemente der national-souveränistischen Europapolitik in Konflikt mit Geschäftsmodellen, die auf gemeinsamer Währung, offenen Binnengrenzen und grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten beruhen; Industrie- und Handelskammern warnen vor Belastungen durch Grenzkontrollen, während ein Euro-Austritt zusätzliche Wechselkurs-, Transaktions- und Investitionsrisiken erzeugen würde (Deutschlandfunk 2026). Hegemonietheoretisch markiert dies eine strukturelle Grenze des gegenwärtigen AfD-Projekts: Ein neuer historischer Block müsste auch ökonomisch gewichtige Kapitalfraktionen in einen tragfähigen Interessenskompromiss einbinden. Diese Europapolitik erschwert zugleich – neben Differenzen in der Außenpolitik – eine Kooperation mit CDU/CSU auf Bundesebene.

Diese Grenzen des gegenhegemonialen Projekts der AfD dürfen nicht dazu führen, die Möglichkeit einer rechten Hegemonie zu unterschätzen. Historische Blöcke entstehen nicht erst, wenn alle Interessen widerspruchsfrei vermittelt sind. Entscheidend ist, ob eine politische Führung Hierarchien zwischen Interessen herstellen, Kosten scheinbar legitim verteilen und ihre Entscheidungen in Institutionen des Staates und der Gesellschaft verankern kann. Die AfD verfügt inzwischen über mehr als eine reine Protestidentität: Sie besitzt programmatische Kontinuitäten, ein organisatorisches Umfeld, digitale Kommunikationsräume und in Teilen des Elektorats stabile Bindungen. Zugleich bleibt offen, ob ihre verschiedenen wirtschafts- und sozialpolitischen

Strömungen unter Regierungsbedingungen einen belastbaren Kompromiss hervorbringen könnten. Der Übergang von Gegenhegemonie zu Hegemonie wäre daher nicht am Stimmenanteil allein zu messen, sondern an der Fähigkeit, staatliche Apparate, gesellschaftliche Organisationen und einen materiellen Interessenausgleich dauerhaft miteinander zu verbinden. Gerade diese Unterscheidung verhindert, hohe Umfragewerte und gute Wahlergebnisse vorschnell mit einem bereits konsolidierten neuen historischen Block gleichzusetzen (Birk 2024; Eicker 2024).

7. Konkurrierende hegemoniale Projekte der Parteien in der organischen Krise

Die Parteien reagieren auf die organische Krise mit unterschiedlichen Kombinationen aus Akkumulations-, Verteilungs-, Staats- und Identitätspolitik. Ihre Programme sind deshalb nicht nur als Forderungskataloge zu verstehen, sondern als konkurrierende Versuche, unterschiedliche soziale Interessen zu einem politischen Allgemeininteresse zu verbinden. Die folgenden Charakterisierungen beziehen sich auf die Bundestagswahlprogramme 2025; sie beschreiben programmatische Angebote und sind oft nicht mit ihrer späteren Umsetzung in Regierungsverantwortung gleichzusetzen.

CDU und CSU formulieren ein Projekt marktwirtschaftlicher Standortmodernisierung. Im Zentrum stehen eine Senkung der Unternehmenssteuerbelastung, Bürokratieabbau, flexiblere Arbeits- und Planungsverfahren, günstigere Energiepreise sowie stärkere private Investitionsanreize. Sozialpolitisch wird der Sozialstaat ausdrücklich bejaht, zugleich aber stärker an Erwerbsanreize, Eigenverantwortung und Begrenzung von Transferbezug gebunden. Hinzu kommen eine deutlich restriktivere Asyl- und Migrationspolitik, Grenzzurückweisungen und beschleunigte Rückführungen sowie ein konservativer Ordnungs- und Leitkulturbegriff. Hegemonietheoretisch verbindet dieses Angebot die Interessen unternehmerischer und mittelständischer Gruppen mit dem Versprechen, wirtschaftliche Dynamik, staatliche Handlungsfähigkeit und soziale Ordnung wiederherzustellen. Die soziale Integrationsleistung soll weniger über expansive Umverteilung als über Wachstum, Beschäftigung und einen selektiveren Sozialstaat erfolgen (CDU/CSU 2025: 11–31, 40–42, 54–59).

Die SPD setzt dem ein stärker staatszentriertes Modernisierungsprojekt entgegen. Ihr Regierungsprogramm verbindet öffentliche und private Investitionen, aktive Industriepolitik, Infrastrukturmodernisierung und eine Reform der Schuldenregeln mit mehr Tarifbindung, höheren Masseneinkommen und der Sicherung zentraler Sozialstaatsleistungen. Transformation soll nicht primär durch Kostensenkung, sondern durch staatlich flankierte Investitionen, Technologiepolitik und die Absicherung von Beschäftigten organisiert werden. Zugleich befürwortet die SPD eine stärker gesteuerte Migration und schnellere Verfahren, hält aber an einem integrations- und arbeitsmarktpolitischen Zugang fest. In gramscianischer Perspektive versucht sie damit, den früheren sozialdemokratischen Zusammenhang von Modernisierung, guter Arbeit und sozialer Sicherheit unter veränderten Weltmarkt- und Transformationsbedingungen neu zu formulieren. Die Schwierigkeit liegt darin, dieses Angebot nach den Erfahrungen der Agenda- und Großen-

Koalitions-Jahre wieder als eigenständiges Projekt glaubwürdig erscheinen zu lassen (SPD 2025: 5–18, 22–23).

Bündnis 90/Die Grünen entwerfen die ökologische Modernisierung selbst als neues Akkumulations- und Wohlstandsprojekt. Klimaneutrale Industrie, erneuerbare Energien, Netze, Bahn, Digitalisierung und kommunale Infrastruktur sollen durch umfangreiche öffentliche und private Investitionen beschleunigt werden; zugleich sollen soziale Ausgleichsmechanismen, höhere Einkommen im unteren Bereich und ein leistungsfähiger Sozialstaat die Transformationskosten begrenzen. Gesellschaftspolitisch verbindet das Programm diese Modernisierung mit liberalen Bürgerrechten, einer pluralistischen Gesellschaft und einer grundsätzlich migrationsfreundlicheren, aber stärker geordneten Einwanderungspolitik. Hegemonial zielt das Projekt darauf, ökologische Transformation nicht als Verzicht, sondern als industrielle Erneuerung und Sicherung künftigen Wohlstands zu artikulieren. Seine zentrale Konfliktzone liegt dort, wo kurzfristige Kosten von Energie-, Verkehrs- und Gebäudetransformation auf Haushalte und Branchen treffen, die deren langfristigen Nutzen nicht unmittelbar erfahren und finanziell belastet werden (Bündnis 90/Die Grünen 2025: 17–18, 35–40, 66–67, 128–131).

Die Linke formuliert am deutlichsten ein redistributives und klassenpolitisches Gegenprojekt. Gefordert werden höhere Löhne und ein höherer Mindestlohn, stärkere Tarifbindung, eine armutsfeste Rente, eine deutlich stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen, Mietpreisregulierung sowie ein Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge. Öffentliche Investitionen und eine sozial abgesicherte Industrie- und Klimatransformation sollen mit mehr Mitbestimmung und einer Verschiebung wirtschaftlicher Macht zugunsten der Beschäftigten verbunden werden. Migration wird nicht als Hauptursache sozialer Konkurrenz behandelt; die Partei betont vielmehr Wohnungs-, Lohn- und Sozialpolitik sowie gleiche Rechte. Gramscianisch versucht die Linke damit, soziale Unsicherheit unmittelbar auf Eigentums-, Verteilungs- und Klassenverhältnisse zurückzuführen und ein solidarisches Gegeninteresse zu organisieren. Ihre hegemoniale Herausforderung besteht darin, dieses Klassenprojekt über bereits linke Milieus hinaus mit breiteren Sicherheits-, Anerkennungs- und Ordnungserwartungen zu verbinden (Die Linke 2025, Kap. 2–4, 7–8, 17).

Die FDP vertritt das klarste markliberale Modernisierungsprojekt. Wachstum soll vor allem durch niedrigere Steuern, eine geringere Unternehmensbelastung, Deregulierung, Bürokratieabbau, Digitalisierung, einen stärkeren Kapitalmarkt und die Einhaltung der Schuldenbremse entstehen. Sozialpolitik wird stärker auf Arbeitsanreize, Eigenvorsorge und langfristige finanzielle Tragfähigkeit ausgerichtet; in der Alterssicherung spielen kapitalgedeckte Elemente eine wichtige Rolle. In der Migrationspolitik verbindet die FDP die Öffnung für qualifizierte Arbeitsmigration mit einer restriktiveren Behandlung irregulärer Migration und schnellerer Rückführung. Das hegemoniale Versprechen lautet damit, Wohlstand durch individuelle Leistung, unternehmerische Freiheit und

einen schlankeren Staat wiederherzustellen. Im Kontext schwacher privater Investitionen und wachsender Infrastruktur- und Sozialausgaben steht dieses Projekt jedoch in besonderer Spannung zu den in Kapitel 1 beschriebenen staatlichen Finanzierungs- und Transformationsbedarfen (FDP 2025: 11–20, 26–28, 34–35).

Das Bündnis Sahra Wagenknecht verbindet sozialstaatliche und interventionistische Wirtschaftspolitik mit kulturell und migrationspolitisch restriktiveren Positionen. Das Bundestagswahlprogramm fordert öffentliche Infrastrukturinvestitionen, niedrigere Energiepreise, einen höheren Mindestlohn, bessere Renten und eine stärkere Besteuerung großer Vermögen, zugleich aber Bürokratieabbau und Entlastungen für Mittelstand und Industrie. Klimapolitische Regulierungen wie CO₂-Bepreisung und Verbrennerausstieg werden als Gefahr für Industrie und Kaufkraft kritisiert. Migration soll stärker begrenzt werden. Außenpolitisch bildet die Ablehnung von Aufrüstung und Waffenlieferungen sowie die Forderung nach Diplomatie und Interessenausgleich ein eigenständiges Profil. Hegemonietheoretisch versucht das BSW damit, klassische sozialstaatliche Sicherheitsinteressen mit industriepolitischem Protektionismus, kultureller Abgrenzung, restriktiver Migrationspolitik und nationalstaatlicher Souveränität zu verbinden. Es konkurriert insofern sowohl mit der Linken um soziale Protestlagen als auch mit der AfD um migrations-, klima- und außenpolitisch systemkritische Wähler (BSW 2025: 12–13, 20–22, 35–37).

Die AfD formuliert schließlich das am stärksten nationalisierte Gegenprojekt. Wie Kapitel 6 gezeigt hat, verbindet sie markliberale Steuer- und Deregulierungsforderungen mit national begrenzten Sozialversprechen, radikaler Migrationsbegrenzung, nationaler Souveränität gegenüber der EU und konservativer Gesellschaftspolitik. Ihr spezifisches hegemoniales Angebot liegt weniger in einer konsistenten Wirtschaftsstrategie als in der national-exkludierenden Zusammenführung von Arbeitsplatz- und Statusunsicherheit, Sozialstaatskonkurrenz, niedrigeren Energiepreisen, kulturellem Wandel und institutionellem Misstrauen; die Spannung zwischen markoliberaler Wirtschaftsordnung und sozialpopulistischen Schutzversprechen bleibt dabei bestehen (AfD 2025; Biskamp 2026).

Die Programme markieren damit unterschiedliche Antworten auf dieselbe Krisenkonstellation. Union und FDP setzen stärker auf marktliche Angebotsbedingungen, wobei die Union diese mit Ordnung und sozialstaatlicher Kontinuität kombiniert. SPD und Grüne setzen stärker auf staatlich organisierte Investitions- und Transformationspolitik, unterscheiden sich aber in der Gewichtung von Industrie-, Sozial- und Klimapolitik. Die Linke rückt Verteilung und Klassenmacht ins Zentrum. Das BSW verbindet soziale Intervention mit nationalstaatlicher, migrations- und außenpolitischer Begrenzung. Die AfD radikalisiert die nationale und kulturelle Reartikulation und verbindet sie mit markliberalen Elementen.

Gramscianisch entscheidet sich die Konkurrenz nicht dadurch, welches Programm theoretisch widerspruchsfrei ist, sondern welchem politischen Projekt es gelingt, materielle Interessen, Alltagserfahrungen, institutionelle Bündnisse und kulturelle Deutungen dauerhaft zu einem glaubwürdigen gesellschaftlichen „Wir“ zu verbinden.

8. Das Interregnum: offene Hegemoniekrise und konkurrierende Projekte

Gramscis Begriff des Interregnums bezeichnet eine offene Hegemoniekrise, in der die alte Ordnung Integrationskraft verliert, ohne dass bereits ein stabiler neuer gesellschaftlicher Kompromiss entstanden ist.

Die bisherigen Kapitel verdichten sich damit zur Diagnose eines Interregnums: Das Wachstums- und Integrationsversprechen des neoliberal-exportorientierten historischen Blocks verliert an Bindungskraft, während soziale Interessen und Konflikte nicht mehr selbstverständlich in einen allgemein akzeptierten Erwartungsrahmen übersetzt werden.

Die Bundestagswahl 2025 zeigt zugleich die Offenheit der Kräfteverhältnisse. Die AfD wurde mit 20,8 Prozent zweitstärkste Partei, blieb aber von parlamentarischer Mehrheitsfähigkeit und einer allgemein akzeptierten Regierungsoption weit entfernt. Gegenhegemoniale Stärke ist daher nicht mit gesellschaftlicher Hegemonie gleichzusetzen (Bundeswahlleiterin 2025a; Neu/Pokorny 2025: 3–12; Gramsci 1994–2002).

Welches der in Kapitel 7 untersuchten Projekte materielle Krisenbearbeitung, politische Deutung und organisierte Erfahrung dauerhaft verbinden kann, bleibt offen. Kapitel 9 bestimmt abschließend die Reichweite der gramscianischen Diagnose gegenüber konkurrierenden Erklärungen des AfD-Aufstiegs.

9. Erklärungsreichweite und konkurrierende Erklärungen des AfD-Aufstiegs

Die hier entwickelte Interpretation des AfD-Aufstiegs als Moment einer organischen Krise konkurriert mit anderen Erklärungsansätzen, ohne diese vollständig ersetzen zu wollen.

In der Forschung lassen sich insbesondere sozioökonomische Erklärungen über ökonomische Unsicherheit, relative Deprivation und Statusverlust, kulturelle Erklärungen über Wertkonflikte und „cultural backlash“ (kulturelle Gegenreaktion) sowie Ansätze unterscheiden, die Autoritarismus, Nativismus, politische Entfremdung, Institutionenmisstrauen oder konkrete Themenpräferenzen – insbesondere in der Migrationspolitik – hervorheben. Diese Ansätze operieren teilweise auf unterschiedlichen Erklärungsebenen und sollten deshalb nicht vorschnell als wechselseitig ausschließende Alternativen behandelt werden.

Besonders einflussreich ist die von Norris und Inglehart entwickelte Cultural-Backlash-These. Sie interpretiert den Erfolg autoritär-populistischer Parteien als Gegenreaktion auf langfristige gesellschaftliche Liberalisierungsprozesse. Die Ausbreitung postmaterialistischer und kosmopolitischer Wertorientierungen, die stärkere gesellschaftliche Anerkennung kultureller und sexueller Minderheiten sowie veränderte Geschlechterrollen können demnach bei Teilen der Bevölkerung den Eindruck eines Verlustes bisher selbstverständlicher kultureller Mehrheitspositionen erzeugen. Ökonomische Unsicherheit kann solche Reaktionen verstärken, ist in diesem Modell aber nicht deren alleinige Ursache (Norris/Inglehart 2019: 44–46, 55–56). Die empirische Reichweite dieser Erklärung ist allerdings umstritten. Schäfer zeigt in einer Replikation zentraler Analysen, dass sich insbesondere die Annahme eines primär generationell getragenen kulturellen Backlash empirisch nicht überzeugend bestätigen lässt; daraus folgt jedoch nicht, dass kulturelle Erklärungen des autoritären Populismus generell zurückzuweisen wären (Schäfer 2022: 1979–1980, 1983–1991).

Für die AfD sind kulturelle und autoritäre Orientierungen dennoch von erheblicher eigenständiger Bedeutung. Die hier herangezogenen Befunde sprechen gegen eine Reduktion ihrer Wählerschaft auf ökonomische Verlierer. Teney's Analyse zeigt eine heterogene AfD-Wählerschaft, bei der sich unterschiedliche Grade autoritärer und minderheitenfeindlicher Einstellungen mit einer besonders ausgeprägten Gemeinsamkeit in der restriktiven Haltung zur Migration verbinden (Teney 2026: 3–6). Auch die klassenübergreifende Zusammensetzung des Elektorats widerspricht einer einfachen Deprivationsthese. Arbeiter, Angestellte, Selbständige, Beamte und Rentner unterstützen die AfD aus unterschiedlichen sozialen Positionen heraus; zudem können auch materiell relativ abgesicherte Facharbeiter für sie stimmen (Hövermann 2025: 17–21; Neu 2026: 24–26; Schröder/Rehm/Röcke 2026). Die Krise des neoliberal-exportorientierten historischen Blocks kann deshalb nicht als unmittelbare Ursache individueller AfD-Wahl interpretiert werden.

Hier liegt die spezifische Erklärungskraft des gramscianischen Ansatzes: Er fragt, unter welchen historischen Bedingungen heterogene Interessen, Erfahrungen und Einstellungen politisch verbunden und hierarchisiert werden. Ökonomische Unsicherheit, Statusverlust, Migrations skepsis, kultureller Konservatismus, Institutionenmisstrauen und autoritäre Ordnungsvorstellungen müssen keine gemeinsame Ursache haben. Die AfD bündelt solche Elemente jedoch in der übergreifenden Erzählung eines nationalen Kontrollverlusts (AfD 2025: 13–16, 24–25, 77–79, 100–102, 128–130; Weidel 2025a–c).

Die Theorie der organischen Krise ersetzt daher keine individualpsychologischen oder wahlsoziologischen Erklärungen. Ihr Mehrwert liegt in der historischen Verbindung von Akkumulationsbedingungen, gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, institutioneller Vermittlung und politischer Artikulation. Aus ökonomischer Stagnation oder sozialem Abstieg folgt weder notwendig eine autoritäre Orientierung noch eine AfD-Wahl; ebenso können nationalistische oder autoritäre Orientierungen ohne unmittelbare materielle Deprivation auftreten.

Der AfD-Aufstieg ist somit weder bloß kulturelle Gegenreaktion noch unmittelbarer Ausdruck einer ökonomischen Krise. Er ist eine politische Verarbeitung einer Konstellation, in der der neoliberal-

exportorientierte historische Block an materieller und hegemonialer Bindungskraft verliert. Ob daraus ein neuer historischer Block entsteht, bleibt offen.

Fazit: Zwölf Thesen zur organischen Krise und zum AfD-Aufstieg

1. Die gegenwärtige ökonomische Krise Deutschlands ist weder bloß konjunkturell noch als linearer Niedergang zu bestimmen. Sie verbindet schwaches Wachstum mit einer strukturellen Investitions-, Produktivitäts- und Transformationskrise des seit den späten 1990er Jahren konsolidierten neoliberal-exportorientierten Akkumulationsmodells. Veränderte Weltmarktbedingungen, die verschärfte Konkurrenz Chinas, Energie- und Infrastrukturprobleme sowie die technologische und ökologische Entwertung von Kapital untergraben Voraussetzungen, auf denen industrielle Akkumulation und der bisherige soziale Kompromiss beruhten. Die schwache private Kapitalakkumulation bei wachsender Bedeutung staatlicher Nachfrage verweist daher auf eine umkämpfte Reorganisation der Akkumulationsbedingungen und der Verteilung ihrer Transformationskosten (Marx 1963; 1964; Krüger 2010; 2024; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2026).
2. Aus der Akkumulationskrise folgt kein politisch vorgezeichneter Entwicklungspfad. Eine kostenorientierte Restauration kann Rentabilität durch Druck auf Löhne, Sozialstaat und Arbeitsbedingungen zu sichern versuchen; eine staatsgestützte kapitalistische Modernisierung kann Investitionsrisiken sozialisieren und neue Akkumulationsfelder erschließen; eine sozial-ökologische Transformation würde Modernisierung mit Umverteilung und erweiterter gesellschaftlicher Verfügung verbinden. Welche Strategie hegemonial wird, entscheidet sich in gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und politischen Bündnissen, nicht durch eine ökonomische Zwangsläufigkeit (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2026; Krüger 2024).
3. Zur organischen Krise wird die Akkumulationskrise dort, wo zugleich der Klassenkompromiss, die institutionelle Vermittlung und das hegemoniale Versprechen des neoliberal-exportorientierten Blocks an Bindungskraft verlieren. Die Vermittlungskrise besteht dabei nicht in einer gleichmäßigen Schwächung aller intermediären Organisationen, sondern vor allem in der erschwerten politischen Verknüpfung unterschiedlicher sozialer Erfahrungen zu einem übergreifenden Interessen- und Erwartungshorizont (Gramsci 1994–2002; Jessop 2014; Schweiger 2022; Boewe 2026).
4. Ökonomische Widersprüche erscheinen im Alltag nicht unmittelbar als Klassen- und Eigentumsverhältnisse. Waren-, Geld- und Lohnformen lassen gesellschaftlich erzeugte Abhängigkeiten als sachliche Zwänge oder individuelle Marktbeziehungen erscheinen. Fetischismus erzeugt kein rechtes Bewusstsein; er erklärt aber, warum reale Krisenerfahrungen politisch deutungs offen bleiben (Marx 1962: 85–98, 557–564; Marx 1964: 822–839).

5. Diese Deutungsoffenheit wird im Alltagsverstand politisch organisiert. Die AfD reartikuliert vorhandene Elemente wie Leistung, Ordnung und nationale Zugehörigkeit durch exklusive Grenzziehungen und verbindet heterogene Erfahrungen zu einer nationalistisch-exkludierenden Krisenerzählung (Gramsci 1994–2002, H. 11, § 12, 1375–1390; AfD 2025: 10–25, 100–111, 128–147, 170–172; Boewe 2026).
6. Rechte Reartikulation verschiebt dabei die Deutung gesellschaftlicher Widersprüche: Arbeitsplatzunsicherheit, Wohnungsnot, Infrastrukturdefizite und Abstiegsängste werden auf politische Eliten, Migration, EU, Klimapolitik oder Sozialstaatsmissbrauch bezogen. Klassenwidersprüche verschwinden nicht, werden aber durch Gegensätze wie „Volk gegen Eliten“ oder Zugehörige gegen „Fremde“ überlagert (AfD 2025: 15–16, 24–25, 77–79, 128–130; Weidel 2025a–c).
7. Die AfD ist keine Arbeiterpartei, sondern ein klassenübergreifendes rechtes Hegemonieprojekt mit überdurchschnittlicher Resonanz in Teilen der Lohnabhängigen. Arbeitsbedingungen, geringe berufliche Autonomie, Statusunsicherheit und Transformationsrisiken können Resonanzbedingungen bilden, ohne eine eindeutige politische Orientierung hervorzubringen. Die AfD verbindet solche heterogenen Erfahrungen nationalistisch-exkludierend; zugleich weisen exklusive Parteiaffinität und sinkende Wechselbereitschaft auf eine zunehmende Verfestigung ihrer Wählerschaft hin (Neu 2026: 24–26; Hövermann 2025: 17–21; Teney 2026: 3–6; Biskamp 2026; Boewe 2026; Pokorny 2026: 48–54, 75–76; Neuenfeld/Lewandowsky 2026: 5–6, 15–16).
8. Holzkamps Begriff der Handlungsfähigkeit erklärt die subjektive Plausibilität dieser Reartikulation: Das AfD-Angebot kann Kontrolle und Anerkennung durch Grenzziehung versprechen, ohne die strukturellen Bedingungen von Arbeit, Wohnen und sozialer Sicherung zu verändern. Darin liegt seine restriktive, nicht verallgemeinerte Form von Handlungsfähigkeit (Holzkamp 1983: 376–385; Boewe 2026).
9. Die besondere Stärke der AfD in Ostdeutschland ist nicht aus einer homogenen „ostdeutschen Mentalität“ abzuleiten. Spezifische Transformations-, Eigentums-, Anerkennungs- und Repräsentationserfahrungen bilden einen besonderen Resonanzraum; westdeutsche Hochburgen zeigen zugleich, dass industrielle Unsicherheit und Statusverlust überregional politisch wirksam werden können (Mau 2019; 2024; Heider et al. 2025: 3–6, 13–18; Fratzscher 2026b; Dorsch/Gropp/Reifschneider 2026).
10. Transformismo verliert Integrationskraft, wenn die Übernahme oppositioneller Problemrahmen nicht mit materieller und institutioneller Einbindung verbunden wird. Die Annäherung von CDU/CSU und SPD an restriktivere Migrations- und Sozialstaatsdeutungen kann rechte Problemrahmen normalisieren, ohne deren Wählerbasis zurückzugewinnen. Ein neuer hegemonialer Kompromiss verlangt darüber hinaus materielle Zugeständnisse und glaubhafte soziale Zukunftsperspektiven (Gramsci 1994–2002; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2026; Neuenfeld/Lewandowsky 2026: 5–6, 15–16; Schulte/Bischof 2026).
11. Die AfD verfügt bislang über kein widerspruchsfreies Akkumulations- und Gesellschaftsmodell als materiellen Kern eines neuen historischen Blocks. Marktliberalismus, nationaler

Sozialprotektionismus und völkisch-autoritäre Ordnungsvorstellungen werden unterschiedlich gewichtet; ihre Stärke beruht bislang stärker auf der national-exkludierenden Bündelung heterogener Krisenerfahrungen als auf einem konsistenten materiellen Klassenkompromiss (Biskamp 2026).

12. Deutschland weist damit Merkmale eines offenen Interregnums auf: Akkumulations-, Vermittlungs- und Hegemoniekrise greifen ineinander, während der neoliberal-exportorientierte historische Block an Bindungskraft verliert und kein neuer stabiler Block entstanden ist. Die AfD ist eine mögliche, nicht notwendige politische Verarbeitung dieser Konstellation. Entscheidend bleibt, ob ein alternatives Projekt materielle Interessen, gesellschaftliche Deutungen und organisierte Erfahrungen so verbindet, dass gemeinsame Gestaltungsmacht praktisch erfahrbar wird (Gramsci 1994–2002; Holzkamp 1983; Boewe 2026).

Literatur- und Quellenverzeichnis

AfD (2025): Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag. Beschlossen in Riesa, 11.–12. Januar 2025; https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf (31.8.2026).

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2026): Memorandum 2026. Aufbruch aus der Mehrfachkrise: Gerechte Finanzpolitik, stabiler Sozialstaat und nachhaltige Transformation; <https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656921.memorandum-2026.html> (31.8.2026).

Bayerlein, Michael/Kölzer, Julius/Metten, Anne (2026): Industrial Employment and Populism in Germany—Exploring the Effect of Actual and Looming Decline. Politische Vierteljahresschrift 67, S. 163–194; <https://doi.org/10.1007/s11615-025-00606-w> (6.9.2026).

Birk, Adam (2024): Bruchlinien im Block. Das »Vorfeld« und seine AfD. PROKLA 54 (217), S. 713–734; <https://doi.org/10.32387/prokla.v54i217.2149> (5.9.2026).

Biskamp, Floris (2026): Die wirtschafts- und sozialpolitische Positionierung der AfD. Datenauswertung für das ARD-Magazin Panorama. IReX:RESEARCH Working Paper Nr. 6, Universität Tübingen, 12. August 2026; <https://uni-tuebingen.de/fakultaeten/wirtschafts-und-sozialwissenschaftliche-fakultaet/faecher/fachbereich-sozialwissenschaften/rechtsextremismusforschung/aktuell/newsfullview/article/die-wirtschafts-und-sozialpolitische-positionierung-der-afd-datenauswertung-fuer-das-ard-magazin-panorama/> (31.8.2026).

BMI (2025): Bundesinnenminister Dobrindt: ‚Wir müssen die Überforderung unseres Landes beenden‘, Interview vom 26. August 2025; Angaben zu Zurückweisungen seit dem 8. Mai; <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/interviews/DE/2025/2025-08-26-stern-dobrindt.html> (31.8.2026).

Boewe, Jörn (2026): Warum wählen so viele Arbeiter die AfD? Eine Studie gibt eine verstörende Antwort. der Freitag, 3. September 2026; <https://www.freitag.de/autoren/joern-boewe/afd-paradox-warum-waehlen-so-viele-arbeiter-die-partei-studie-gibt-antwort> (4.9.2026).

BSW (2025): Unser Land verdient mehr. Wahlprogramm des Bündnis Sahra Wagenknecht zur Bundestagswahl 2025; <https://bb.bsw-vg.de/wp-content/uploads/2025/09/BSW-Wahlprogramm-2025.pdf> (1.9.2026).

Bundesagentur für Arbeit (2019): Arbeitsmarktbericht Dezember und Jahr 2019. Nürnberg; <https://www.arbeitsagentur.de/datei/ba146215.pdf> (1.9.2026).

Bundesagentur für Arbeit (2026a): „Arbeitsmarkt im August 2026.“ Presseinfo Nr. 31, 28. August 2026; <https://www.arbeitsagentur.de/presse/2026-31-arbeitsmarkt-im-august-2026> (4.9.2026).

Bundesagentur für Arbeit (2026b): Zahl der Leistungsminderungen ist 2025 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Presseinformation Nr. 13 vom 13. April 2026; <https://www.arbeitsagentur.de/presse/2026-13-zahl-der-leistungsminderungen-ist-2025-gegenueber-dem-vorjahr-gestiegen> (31.8.2026).

Bundesagentur für Arbeit (2026c): Jahresrückblick 2025. Presseinfo Nr. 2 vom 7. Januar 2026; <https://www.arbeitsagentur.de/presse/2026-02-jahresrueckblick-2025> (1.9.2026).

Bundesministerium der Finanzen (2025): Investitionssofortprogramm Deutschland: Mehr Wachstum durch bessere Abschreibungsbedingungen, 21. August 2025; <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2025/08/Inhalte/Kapitel-2-Fokus/investitionssofortprogramm-deutschland.html> (31.8.2026).

Bundesministerium der Finanzen (2026a): „Sollbericht 2026: Bundeshaushalt, KTF und SVIK.“ Monatsbericht Februar 2026, 20. Februar 2026; <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2026/02/Inhalte/Kapitel-2-Analysen/2-3-sollbericht-2026.html> (4.9.2026).

Bundesministerium der Finanzen (2026b): „Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Juli 2026.“ Monatsbericht August 2026. Berlin; <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2026/08/Inhalte/Kapitel-3-Wirtschafts-und-Finanzlage/3-3-entwicklung-bundeshaushalt-juli-2026.html> (4.9.2026).

Bundesministerium der Finanzen (2026c): „Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Juni 2026.“ Monatsbericht Juli 2026, 21. Juli 2026; <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2026/07/Inhalte/Kapitel-3-Wirtschafts-und-Finanzlage/3-3-entwicklung-bundeshaushalt-juni-2026.html> (4.9.2026).

Bundesministerium der Finanzen (2026d): „Bundeshaushalt 2027: Für ein starkes und krisenfestes Deutschland.“ Pressemitteilung Nr. 12/2026, 6. Juli 2026; <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2026/07/2026-07-06-regierungsentwurf-bundeshaushalt-2027.html> (5.9.2026).

Bundesregierung (2026): Neue Grundsicherung löst Bürgergeld ab, 1. Juli 2026; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/sozialhilfe-und-buergergeld-2253064> (31.8.2026).

- Bundeswahlleiterin (1998): Bundestagswahl 1998. Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998; <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/1998.html> (1.9.2026).
- Bundeswahlleiterin (2025a): Bundestagswahl 2025. Endgültiges Ergebnis, 14. März 2025; https://www.bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2025/29_25_endgueltiges-ergebnis.html (5.9.2026).
- Bundeswahlleiterin (2025b): Bundestagswahl 2025. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen; <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse/repraesentative-wahlstatistik.html> (5.9.2026).
- Bündnis 90/Die Grünen (2025): Zusammen wachsen. Regierungsprogramm 2025; https://cms.gruene.de/uploads/assets/20250318_Regierungsprogramm_DIGITAL_DINA5.pdf (31.8.2026).
- CDU/CSU (2025): Politikwechsel für Deutschland. Wahlprogramm von CDU und CSU zur Bundestagswahl 2025; https://www.cdu.de/app/uploads/2025/01/km_btw_2025_wahlprogramm_langfassung_ansicht.pdf (31.8.2026).
- CDU/CSU/SPD (2025): Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 21. Legislaturperiode; https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag2025_bf.pdf (4.9.2026).
- dbb/Forsa (2026): dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2026. Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger. Erhebung: forsa, Juli 2026; https://www.dbb.de/fileadmin/user_upload/globale_elemente/pdfs/2026/260721_Buergerbefragung_oeffentlicher_Dienst_2026_Final_E.pdf (5.9.2026).
- Debus, Marc/Trautmüller, Richard (2026): Former Social Democratic Partisanship, Working-Class Background, and Support for Right-Wing Populist Parties: A Research Note. Politische Vierteljahresschrift 67, S. 195–216; <https://doi.org/10.1007/s11615-025-00604-y>.
- Decker, Frank (2022): Die Organisation der CDU. Bundeszentrale für politische Bildung; <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/cdu/42066/die-organisation-der-cdu/> (6.9.2026).
- Decker, Frank (2026a): Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD. Bundeszentrale für politische Bildung, 16. Mai 2026; <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/> (31.8.2026).
- Decker, Frank (2026b): Die Programmatik der AfD. Bundeszentrale für politische Bildung, 16. Mai 2026; <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273132/die-programmatik-der-afd/> (31.8.2026).

Decker, Frank (2026c): Die Organisation der SPD. Bundeszentrale für politische Bildung, 16. Januar 2026; <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/spd/42090/die-organisation-der-spd/> (6.9.2026).

Destatis (2026a): Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um 0,2 % gewachsen. Pressemitteilung Nr. 017 vom 15. Januar 2026; https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/01/PD26_017_811.html (31.8.2026).

Destatis (2026b): Sommerüberarbeitung 2026 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/sommerueberarbeitung-2026.html> (31.8.2026).

Destatis (2026c): Außenhandel Deutschland-China 2025/2026. Themenseite Außenhandel; https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/_inhalt.html (31.8.2026).

Destatis (2026d): Reallöhne im Jahr 2025 um 1,9 % gestiegen. Pressemitteilung Nr. 068 vom 27. Februar 2026; https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/02/PD26_068_62321.html (5.9.2026).

Deutsche Bundesbank (2025): Ertragslage und Finanzungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2024. Monatsbericht Dezember 2025; <https://publikationen.bundesbank.de/content/972190> (31.8.2026).

Deutsche Bundesbank (2026a): Deutschland-Prognose: Energiepreisschock treibt Teuerung an und bremst die Konjunkturerholung. Monatsbericht Juni 2026; <https://publikationen.bundesbank.de/publikationen-de/berichte-studien/monatsberichte/monatsbericht-juni-2026-998608?article=deutschland-prognose-energiepreisschock-treibt-teuerung-an-und-bremst-die-konjunkturerholung-998836> (5.9.2026).

Deutsche Bundesbank (2026b): Finanzierungsrechnung. Sektorale Sachvermögensbildung und Sparen; Jahresdaten 2019–2025, Berechnung der Nettoinvestitionsquoten als Anteil am nominalen BIP; <https://www.bundesbank.de/de/statistiken/gesamtwirtschaftliche-rechenwerke/finanzierungsrechnung> (2.9.2026).

Deutscher Bundestag (2025a): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, Kap. 1.11: Stimmabgabe nach Beruf und Konfession (Zweitstimme), Stand 9. Dezember 2025; https://www.bundestag.de/resource/blob/272928/0dac6627d1cdd8d98c77b6e6a661d6d5/Kapitel_01_11_Stimmabgabe_nach_Beruf_und_Konfession_Zweitstimme_-pdf-data.pdf (5.9.2026).

Deutscher Bundestag (2025b): Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität beschlossen, 18. September 2025; <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/sondervermoegen-doku-1106000> (31.8.2026).

Deutscher Bundestag (2025c): Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten beraten und beschlossen, Juni 2025;

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw23-de-familiennachzug-1083664>
(31.8.2026).

Deutscher Bundestag (2025d): Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes; Abschaffung der Einbürgerung nach drei Jahren, Beschluss vom 8. Oktober 2025; <https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=962> (31.8.2026).

Deutschlandfunk (2026): AfD-Chefin Weidel will aus Euro aussteigen und Deutschlands Grenzen „zumachen“. 24. August 2026; <https://www.deutschlandfunk.de/afd-chefin-weidel-will-aus-euro-aussteigen-und-deutschlands-grenzen-zumachen-116.html> (5.9.2026).

Die Linke (2025): Alle wollen regieren. Wir wollen verändern. Reichtum teilen. Preise senken. Für einander. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025, 60 S.; https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Wahlprogramm_Langfassung_Linke-BTW25_01.pdf (31.8.2026).

Die Zeit/dpa (2018): Seehofer: Migration ‚Mutter aller politischen Probleme‘, 6. September 2018; <https://www.zeit.de/news/2018-09/06/seehofer-migration-mutter-aller-politischen-probleme-180906-99-842173> (31.8.2026).

DIW Berlin (2026): Exportüberraschung hebt Wachstumsaussichten – Erholung der deutschen Wirtschaft bleibt aber fragil. Pressemitteilung vom 2. September 2026; https://www.diw.de/de/diw_01.c.1018329.de/%26 (5.9.2026).

Dorsch, Nic/Gropp, Reint/Reifschneider, Alexander (2026): Ist das AfD-Wahlprogramm für Sachsen-Anhalt finanzierbar? Kosten und Finanzierungsvorschläge. Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle, August 2026; <https://www.iwh-halle.de/presse/pressemitteilungen/detail/studie-belegt-milliardenluecke-im-wahlprogramm-der-afd-sachsen-anhalt> (31.8.2026).

Eicker, Jannis (2024): Die AfD als erfolgreiches rechtes Hegemonieprojekt. Erklärt die migrationspolitische Repräsentationslücke den Aufstieg der AfD? PROKLA 54 (217), S. 701–710; <https://doi.org/10.32387/prokla.v54i217.2161> (5.9.2026).

FDP (2025): Alles lässt sich ändern. Wahlprogramm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2025; <https://www.fdp.de/das-wahlprogramm-der-freien-demokraten-zur-bundestagswahl-2025> (1.9.2026).

Forschungsgruppe Wahlen (2026b): ZDF-Politbarometer Juli I 2026: Klare Mehrheit sieht Reformen der Bundesregierung kritisch / Unzufriedenheit mit Bundesregierung und Kanzler bleibt groß. 17. Juli 2026; <https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/zdf-politbarometer-juli-i-2026> (5.9.2026).

Forschungsgruppe Wahlen (2026c): Wahlanalyse Sachsen-Anhalt 2026. AfD-Rekordergebnis bei maximaler Polarisierung im Land. Mannheim, 6. September 2026; https://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlanalyse_Sachsen-Anhalt/ (7.9.2026).

- Fratzscher, Marcel (2026a): Resilienz und Exporte geben deutscher Wirtschaft Grund zur Hoffnung. Editorial, DIW Wochenbericht 36/2026, S. 533–534; [https://doi.org/10.18723/diw_wb:2026-36-1\(5.9.2026\)](https://doi.org/10.18723/diw_wb:2026-36-1(5.9.2026)).
- Fratzscher, Marcel (2026b): Sachsen-Anhalt zeigt das AfD-Paradox: Strukturschwache AfD-Hochburgen würden unter ihrer Politik am stärksten leiden. DIW aktuell 121, 24. Juli 2026; https://www.diw.de/de/diw_01.c.1014790.de/publikationen/diw_aktuell/2026_0121/sachsen-anhalt_zeigt_das_afd-paradox_strukturschwache_afd-hochburgen_wuerden_unter_ihrer_politik_am_staerksten_leiden.html (5.9.2026).
- Gramsci, Antonio (1994–2002): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hrsg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. 10 Bde. Hamburg: Argument.
- Heider, Bastian/Novack, Tessio/Scheunert, Pauline/Scholz, Benjamin (2025): Antidemokratische Wahlerfolge im ungleichen Deutschland. Demokratiestützende Aspekte der Daseinsvorsorge. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/22242.pdf> (31.8.2026).
- Heinze, Anna-Sophie/Kailitz, Steffen/Pickel, Gert/Weisskircher, Manès (2026): The AfD and its Electoral Persistence in Eastern Germany. Causes, Issues, and Implications. German Politics 35 (3), S. 395–411; <https://doi.org/10.1080/09644008.2026.2689631>.
- Hirndorf, Dominik (2026): Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht. Eine Analyse des Wahlverhaltens nach Altersgruppen und Geschlecht. Konrad-Adenauer-Stiftung, Monitor Demokratie, Mai 2026; <https://www.kas.de/de/web/wahlanalysen-und-gesellschaftsstudien> (31.8.2026).
- Holzkamp, Klaus (1983): Grundlegung der Psychologie. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Höcke, Björn (2018): Die alte Sozialdemokratie ist Geschichte, die Zukunft gehört dem solidarischen Patriotismus, 4. März 2018; <https://afd-thueringen.de/thuringen-2/2018/03/hoecke-die-alte-sozialdemokratie-ist-geschichte-die-zukunft-gehoert-dem-solidarischen-patriotismus/> (31.8.2026).
- Höcke, Björn (2026): Der Hegemonie entgegen, 11. Januar 2026; <https://afd-bjoern-hoecke.de/2026/01/11/2571/> (31.8.2026).
- Hövermann, Andreas (2025): Die Verdopplung des AfD-Elektorats. Erkenntnisse aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel 2020–2025. WSI Study Nr. 42, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf; https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-009196 (31.8.2026).
- Infratest dimap (2026): ARD-DeutschlandTrend, August 2026: AfD legt zu, Union verliert weiter, 6. August 2026; <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-august-100.html> (5.9.2026).
- Infratest dimap (2026b): ARD-DeutschlandTREND September 2026. Repräsentative Studie im Auftrag der ARD, Erhebungszeitraum 31. August bis 2. September 2026; <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2026/september/> (7.9.2026).

- Infratest dimap/Tagesschau (2026b): Wahl in Sachsen-Anhalt: Der größte Wahlerfolg der AfD. Wahltagsbefragung zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt, 6. September 2026; <https://www.tagesschau.de/inland/wahl-sachsen-anhalt-analyse-100.html> (7.9.2026).
- Jessop, Bob (2014): Variegated Capitalism, das Modell Deutschland, and the Eurozone Crisis. *Journal of Contemporary European Studies* 22 (3), S. 248–260; <https://doi.org/10.1080/14782804.2014.937410>.
- Jun, Uwe (2025): Das Parteiensystem im Zeichen zunehmender Fragmentierung und Polarisierung. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 75 (27–28), S. 10–17; <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/parteiendemokratie-2025/563416/das-parteiensystem-im-zeichen-zunehmender-fragmentierung-und-polarisierung/> (5.9.2026).
- Junkernheinrich, Martin (2025): Kommunen in der fiskalischen Überforderungsfalle: hohe Defizite und multiple Krisenstrategie. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 35, S. 655–677; online veröffentlicht 29. Januar 2026; <https://doi.org/10.1007/s41358-025-00447-4> (5.9.2026).
- Kaiser, Benedikt (2026): *Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts*. 4. Aufl. Schnellroda: Antaios.
- Krause, Werner/Cohen, Denis/Abou-Chadi, Tarik (2023): Does accommodation work? Mainstream party strategies and the success of radical right parties. *Political Science Research and Methods* 11 (1), S. 172–179; <https://doi.org/10.1017/psrm.2022.8>.
- Krüger, Stephan (2007): *Konjunkturzyklus und Überakkumulation. Wert, Wertgesetz und Wertrechnung für die Bundesrepublik Deutschland*. Hamburg: VSA: Verlag.
- Krüger, Stephan (2010): *Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation. Konjunkturzyklus und langfristige Entwicklungstendenzen*. Hamburg: VSA: Verlag; https://www.vsa-verlag.de/programmbereiche/theorie_analyse/ (1.9.2026).
- Krüger, Stephan (2024): *Der deutsche Kapitalismus 1950–2023. Inflation, Beschäftigung, Umverteilung, Profitraten, Finanzkrisen, Weltmarkt*. Hamburg: VSA: Verlag; <https://www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/der-deutsche-kapitalismus-1950-2023/> (1.9.2026).
- Landeswahlleiterin Sachsen-Anhalt (2026): Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026. Vorläufige Ergebnisse auf Landesebene, 2.661 von 2.661 Wahlbezirken, Stand 7. September 2026, 03:21 Uhr; https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt26/erg_land.html (7.9.2026).
- Marx, Karl (1962): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 1: Der Produktionsprozeß des Kapitals*. Marx-Engels-Werke, Bd. 23. Berlin.
- Marx, Karl (1963): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 2: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals*. Marx-Engels-Werke, Bd. 24. Berlin.
- Marx, Karl (1964): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 3: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion*. Marx-Engels-Werke, Bd. 25. Berlin.
- Mau, Steffen (2019): *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.

- Mau, Steffen (2024): Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt. Berlin: Suhrkamp.
- Neu, Viola (2026): Der Mythos der stärksten Klasse. Über das Wahlverhalten der Arbeiter. Die Politische Meinung, Nr. 595; <https://www.ka.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/der-mythos-der-staerksten-klasse> (31.8.2026).
- Neu, Viola/Pokorny, Sabine (2025): Wahlanalyse der Bundestagswahl am 23. Februar 2025. Konrad-Adenauer-Stiftung, Monitor Wahl- und Sozialforschung; <https://www.ka.de/documents/d/guest/bundestagswahl-in-deutschland-2025> (31.8.2026).
- Neuenfeld, Anna-Lisa/Lewandowsky, Marcel (2026): Parteien im Stresstest. Wie demokratische Parteien dem Rechtspopulismus begegnen können. Friedrich-Ebert-Stiftung; <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/1990277> (31.8.2026).
- Norris, Pippa/Inglehart, Ronald (2019): Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism. Cambridge: Cambridge University Press; <https://doi.org/10.1017/9781108595841>.
- Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2026): The Election of the AfD and the Collective Identity of East Germans – Between Perceived Disadvantage and Collective Deprivation. German Politics 35 (3), S. 412–436; <https://doi.org/10.1080/09644008.2025.2605686>.
- Pokorny, Sabine (2026): Parteibindung und Parteiaffinität im Vergleich. Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Monitor Wahl- und Sozialforschung, April 2026; <https://www.ka.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/parteibindung-und-parteiaffinitaet-im-vergleich> (31.8.2026).
- Raffer, Christian/Scheller, Henrik/Schmelmer, Niklas/Borghorst-Dilangu, Malte/Brilon, Stefanie (2026): KfW-Kommunalpanel 2026. Frankfurt am Main: KfW Research; <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzerntemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2026.pdf> (5.9.2026).
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2025): Perspektiven für morgen schaffen – Chancen nicht verspielen. Jahresgutachten 2025/26. Wiesbaden; https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202526/JG202526_Gesamtausgabe.pdf (4.9.2026).
- Schröder, Martin/Rehm, Moritz/Röcke, Anja (2026): Supporters of Germany's Far-Right AfD Party Are Concerned about Immigration Rather than Feeling Deprived. In: PLOS ONE 21 (7): e0350403; <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0350403>.
- Schulte, Johanna M./Bischof, Daniel (2026): When Social Democrats Move Right on Migration, Who Responds? Lessons from Germany's Social Democrats. SocArXiv Preprint; https://osf.io/preprints/socarxiv/huyr9_v1 (31.8.2026).
- Schweiger, Christian (2022): The German Economic Model: From Germany's Social Market Economy to Neo-Liberalism? In: Klaus Larres/Holger Moroff/Ruth Wittlinger (Hg.): The Oxford Handbook of German Politics. Oxford University Press, S. 251–264; <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198817307.013.16>.

- Schäfer, Armin (2022): Cultural Backlash? How (Not) to Explain the Rise of Authoritarian Populism. *British Journal of Political Science* 52 (4), S. 1977–1993; <https://doi.org/10.1017/S0007123421000363>.
- Siebel, Hermann/Horozoğlu, Gülrü/Kessels, Ursula (2026): How to Explain the German East-West Divide in Support of a Populist Radical Right Party (AfD): Mapping Socioeconomic, Psychological, and Cultural Explanatory Factors from a Demand-Side, Voter-Level Perspective. In: *Frontiers in Sociology* 11: 1759913; <https://doi.org/10.3389/fsoc.2026.1759913>.
- Solovev, Kirill/Drolsbach, Chiara/Demirel, Emma/Pröllochs, Nicolas (2026): Engagement with political videos on TikTok during the 2025 German federal election. In: *EPJ Data Science* 15, Art. 29; <https://doi.org/10.1140/epjds/s13688-026-00632-7>.
- SPD (2025): Mehr für Dich. Besser für Deutschland. Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2025, beschlossen am 11. Januar 2025; https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD_Programm_bf.pdf (31.8.2026).
- Teney, Céline (2026): From moderate conservatives to radical right authoritarians: attitudinal heterogeneity within the AfD electorate. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 20, Art. 7; <https://doi.org/10.1007/s12286-026-00658-1>.
- Thole, Werner/Simon, Stephanie (2022): Kälteströme des „solidarischen Patriotismus“. Über nationalkonservativen Neoliberalismus und nationalistisch getönte „Kapitalismuskritik“ – sozialpolitische Narrative der neuen Rechten. In: Gille, Christoph/Jagusich, Birgit/Chahata, Yasmine (Hrsg.): *Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit. Grundlagen, Arbeitsfelder, Handlungsmöglichkeiten*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 77–94.
- Thole, Werner/Simon, Stephanie/Wagner, Leonie (2022): Neue Rechte, Rechtspopulismus und Soziale Arbeit. *Sozial Extra* 46, S. 244–250; <https://doi.org/10.1007/s12054-022-00501-3>.
- Verwiebe, Roland/Philipp, Aaron/Bobzien, Licia et al. (2025): Digitalisiert, politisiert, polarisiert? Eine Analyse von Social-Media-Feeds junger Menschen zur Bundestagswahl 2025 auf TikTok, YouTube, Instagram und X. Bertelsmann Stiftung und Universität Potsdam; <https://doi.org/10.11586/2025070>.
- Weidel, Alice (2025a): Verfehlte Migrationspolitik gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, 11. Juni 2025; <https://www.afd.de/alice-weidel-verfehlte-migrationspolitik-gefaehrdet-die-zukunftsaehigkeit-unseres-landes/> (31.8.2026).
- Weidel, Alice (2025b): Steuererhöhungen sind der sichere Weg in den Abgrund, 5. August 2025; <https://www.afd.de/alice-weidel-steuererhoehungen-sind-der-sichere-weg-in-den-abgrund/> (31.8.2026).
- Weidel, Alice (2025c): Schwarz-Rote Schuldenorgie auf Kosten von Deutschlands Zukunft, 18. September 2025; <https://www.afd.de/alice-weidel-schwarz-rote-schuldenorgie-auf-kosten-von-deutschlands-zukunft/> (31.8.2026).

Weßels, Bernhard (2024): Politische Integration und politisches Engagement. In: Sozialbericht 2024, S. 345–352. Bundeszentrale für politische Bildung; <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/sozialbericht-2024/553359/politische-integration-und-politisches-engagement/> (5.9.2026).

ZDF (2026): ZDF-Sommerinterview mit Alice Weidel. Berlin direkt, 23. August 2026; <https://www.zdfheute.de/video/berlin-direkt/berlin-direkt---sommerinterview-vom-23-august-2026-100.html> (5.9.2026).

Autor*innenbiografie

Ernst Wolowicz ist Politikwissenschaftler und kommunaler Wahlbeamter a. D. Er lebt in München.

KI wurde zur sprachlichen Überarbeitung, Quellen- und Zitationskontrolle sowie zur punktuellen Ergänzung und Präzisierung einzelner Textpassagen eingesetzt; Konzeption, Argumentation, Auswahl und Bewertung der Quellen sowie die Verantwortung für den Gesamttext liegen beim Autor.